

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 18



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 12. 11. 1991

## WORT UND WIDERWORT

### Wie kann der Gewalt in Sportstadien wirkungsvoll begegnet werden?

*Die Einteilung der Zuschauer in kleinere Untereinheiten, mehr Sitzplätze, die Aussonderung von bekannten Unruhestiftern, die Lenkung der Begeisterung in Fan-Clubs seien Mittel, um Einfluß zu nehmen. Aber auch die verstärkte Überwachung der Stadien mit polizeilichen Mitteln und das totale Alkoholverbot seien wichtige Voraussetzungen. Polizei und Veranstalter müßten stärker zusammenarbeiten. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Uwe Herder**. Der CDU-Abgeordnete **Leonhard Kuckart** unterstreicht, die CDU-Fraktion sei der Auffassung, daß die gewaltsamen Aktionen, die erwiesenermaßen nur von einem Bruchteil der Fans verübt würden, ihre Wirkung in der Öffentlichkeit kaum erzielen, würde ihnen nicht durch die Medien eine unangemessen starke Aufmerksamkeit zuteil. Der Sport selbst könne das Problem nicht lösen. Deshalb sei die Politik gefordert. Der F.D.P.-Abgeordnete **Michael Ruppert** betont, die F.D.P. halte es für geboten, unter Einschluß der Polizei Vereine und Fan-Clubs noch enger in die Vorbeugung gegenüber gewaltsamen Ausschreitungen einzubinden. Im Sinne einer Selbstkontrolle sollten Fan-Clubs am Ordnungsdienst im Stadion beteiligt werden. Die Polizei müßte ermächtigt werden, eine Informations- und Datensammlung anzulegen. Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** fordert, DFB und Vereine müßten mehr Verantwortung übernehmen. Statt auf dem Rasen den gewalttätigen Konkurrenzkampf auf die Spitze zu treiben, hätten die Bundesliga-Vereine wichtigere Aufgaben. Die Abschiebung auf die Polizei sei weder gesellschaftspolitisch noch finanziell hinzunehmen.* (Seite 2)

## Plenum: Regierungserklärungen zu Kohle und Stahl

### Landtag mit großem Beratungsprogramm

Mit einer Regierungserklärung zur wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung des heimischen Steinkohlenbergbaus nach einer Fragestunde beginnt eine dreitägige Plenarsitzung am 13. November.

Danach folgen u.a. Aussprachen über ein Bürgervotum in neugegliederten Kommunen, die ersten Lesungen von Gesetzen zur Verbesserung der Haushaltskontrolle und einer Verfassungsänderung, die zweite Lesung eines Änderungsgesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen sowie Debatten über Abgrenzungsgrundsätze zu Aufgaben des öffentlichen Dienstes von Tätigkeiten politischer Parteien.

Der Plenartag 14. November ist u.a. gekennzeichnet von einer Regierungserklärung zu Stahl, Aussprachen über den Komplex Krupp, Hoesch, WestLB, Asylrecht, Nahverkehrsabgabe, Energiesparen und rationelle Energieverwendung, eine beantragte Auflösung des Gleichstellungsministeriums, Anhörung zu Auswirkungen von Garzweiler II, Rundfunk, Fernsehnorm, Strukturpolitik, Semester-Ticket für Studierende sowie AIDS und Strafvollzug.

Am 15. November folgt u.a. eine Aktuelle Stunde zu Politischer Kultur in NRW, das Konzept „Polizei 2000“ und Schaffung eines neuen Gleichgewichts in der bundesstaatlichen Finanzverteilung.



Im Belagerungszustand

Zeichnung: Frank Czerny (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Rundfunk

Der Hauptausschuß hat dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland mehrheitlich gegen die Stimmen der Opposition zugestimmt. (Seite 4)

### Studienanfänger

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) erwartet zum Wintersemester kein weiteres Anwachsen der Zahlen von Studienanfängern an den Hochschulen. (Seite 6)

### Integration

Eine Kommission des Schulausschusses hat sich in Dänemark über die Integration behinderter Kinder in den Unterricht informiert. (Seite 9)

### Bürgermeister

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hat sich vor der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter dafür verwandt, daß Bürgermeister in den Gemeinden Weisungsrecht gegenüber der Verwaltung haben sollten. (Seite 11)

### Pflegepauschale

Daß nur Angehörige den Pauschbetrag von 1800 Mark im Jahr für Pflegeleistungen steuerlich geltend machen können, hält der Petitionsausschuß für ungerecht. (Seite 12)

### Sportberichte

Die CDU im Sportausschuß hält die Fernsehkurzberichterstattung der ARD für den falschen Weg. (Seite 17)

## WORT UND WIDERWORT

# Fan-Clubs am Ordnungsdienst im Stadion beteiligen

Von  
Uwe Herder

Das Phänomen von Gewalt bei Sportveranstaltungen hat nicht seine primäre Ursache im Sport selbst. Vielmehr ist das sportliche Ereignis für den Gewalttäter nur das „Vehikel“, um seiner gewalttätigen Aggression freien Lauf lassen zu können.

Dahinter steckt sicherlich ein Unvermögen und Gleichgültigkeit unserer Gesellschaft, solche fehlergerichtetten Kräfte zu integrieren und deren aggressive Energien auf ein sinnvolles, produktives Tun zu lenken. Arbeitslosigkeit, stupide und schlecht bezahlte Arbeit, Ausgrenzung von Randgruppen, mangelnde Bildung und die Unfähigkeit, sinnvoll mit der eigenen Freizeit umzugehen, sind der Nährboden für diese Form von Gewalt.

Ein Teil der Gewalttätigen versucht die Sportgroßveranstaltung für die Zwecke zu nutzen. In der vermeintlichen Anonymität der

Von  
Leonhard Kuckart

Seit geraumer Zeit überschatten Tumulte, Krawalle und Ausschreitungen das Bild von sportlichen Großveranstaltungen. Betroffenheit und moralische Entrüstung bleiben bei der Öffentlichkeit zurück, betrachtet man die Zahl von Verletzten und Toten, die solche Aktionen insbesondere im Rahmen von Fußballereignissen zunehmend fordern.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist von der Gewaltproblematik besonders betroffen, da hier bekanntlich der Fußball traditionell an erster Stelle im Sport steht. Die Woche für Woche in den Fußballstadien sichtbar werdenden Eruptionen von Haß und Gewalt sind nach Auffassung der CDU weder sportimmanent noch ein Charakteristikum jugendlichen Rowdytums. Es handelt sich vielmehr um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das vermutlich älter ist, als man gemeinhin glaubt. Zahlreiche historische Beispiele

Von  
Michael Ruppert

Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen ist vorrangig beim Fußball ins Blickfeld gerückt. Die erheblichen Sachbeschädigungen und Körperverletzungen verlangen nach energischen Gegenmaßnahmen.

Die F.D.P. begrüßt, daß Polizei wie Vereine bereits Maßnahmen ergriffen haben, die sich positiv bemerkbar machen: die verbesserte Schulung der Polizei, eine unübersehbare Video-Überwachung, die Ausbildung der Ordner, die Intensivierung von Einlaßkontrollen, die konsequente Trennung von Zuschauerblöcken, beruhigendes Einwirken auf die Zuschauer durch den Stadionsprecher, Stadionverbote für Störer, aber auch bautechnische Maßnahmen. Weiter hält die F.D.P. es für geboten, unter Einschluß der Polizei Vereine und Fan-Clubs noch enger in die Vorbeugung gegenüber gewaltsamen Ausschreitungen einzubinden. Im Sinne

Von  
Roland Appel

Nachdem die meisten Fußballstadien in käfig-ähnliche Gebilde umgebaut wurden und teilweise video-überwacht werden, findet der überwiegende Teil der Gewalttätigkeiten außerhalb der Stadien statt. Die Opfer solcher Gewalttaten sowie die Kommunen und die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen ausbaden, was an anderen Stellen unserer Gesellschaft versäumt wird.

Der Deutsche Fußballbund und die ihm angeschlossenen Vereine wollen mit alledem nichts zu tun haben. Mit dem durchaus zutreffenden Hinweis, daß der Fußball nicht der alleinige Verursacher von Gewalt in und um die Stadien ist, weigern sich die Vereine bis heute, sich an der Finanzierung von Fan-Projekten zu beteiligen. Einzige rühmliche Ausnahme: Borussia Dortmund, die 50 Prozent der Personal- und

### SPD: Die Vereine und Verbände müssen Fan-Projekte fördern

Großveranstaltung entläßt sich ihre gewalttätige Aggressivität. Dies ist eigentlich kein neues Phänomen, die Literatur der Polizei ist seit mehr als 50 Jahren voll solcher Analysen, und je stärker der soziale und gesellschaftliche Frieden aus dem Gleichgewicht ist, desto häufiger treten solche Gruppen auf.

Die Einteilung der Zuschauer in kleinere Untereinheiten, mehr Sitzplätze, die Aussonderung von bekannten Unruhestiftern, die Lenkung der Begeisterung in Fan-Clubs sind Mittel, um hier Einfluß zu nehmen. Aber auch die verstärkte Überwachung der Stadien mit polizeilichen Mitteln und das totale Alkoholverbot sind wichtige Voraussetzungen. Polizei und Veranstalter müssen stärker zusammenarbeiten und statt Millionen-Transfer in Spieler, könnten bescheidene 100 000 Mark für Sozialarbeiter und Psychologen eine große Hilfe sein. Die Sportverbände bzw. die Vereine müssen daher selbst stärker als bisher Fan-Projekte unterstützen. Wer in Zukunft Zuschauer gewinnen und halten will, muß für jugendliche Fan-Clubs gründen und finanziell unterstützen. Damit werden Anlaufstellen für Jugendliche geschaffen, Hilfen gegeben und ein sinnvolles Freizeitverhalten eingeübt.

### CDU: Sport kann Problem nicht alleine lösen

dürften unter Beweis stellen, daß Massenveranstaltungen nie frei von „Problemen“ waren. Warum es allerdings nicht mehr die großen Rockkonzerte sind, die in der Punkteskala der Gewalt ganz oben stehen, sondern insbesondere Fußballveranstaltungen zum Spitzenreiter avancierten, ist sicherlich eine legitime Frage.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, daß die gewaltsamen Aktionen, die erwiesenermaßen nur von einem Bruchteil der Fans verübt werden, ihre Wirkung in der Öffentlichkeit kaum erzielen, würde ihnen nicht durch die Medien eine unangemessen starke Aufmerksamkeit zuteil. Durch eine die Gewalt verharmlosende, tolerierende und zum Teil sogar legitimierende Berichterstattung schaden die Medien nicht nur dem positiven Image des Sports, sondern nehmen auch wesentlichen Einfluß auf die Verhaltensbildung und moralische Entwicklung junger Menschen.

Nur eines steht fest: Der Sport selbst kann das Problem nicht lösen!

Deshalb ist die Politik gefordert, initiativ zu werden und in vielfältiger Weise mit Fachleuten, Betroffenen und Vertretern der Medien Kontakt aufzunehmen, um dann gemeinsam wirksame Konzepte zu entwickeln, wie man der Gewalt im Sport und in anderen Bereichen entgegenwirken kann.

### F.D.P.: Gewaltbereitschaft sucht sich neue Ziele

einer Selbstkontrolle sollten Fan-Clubs am Ordnungsdienst im Stadion beteiligt werden. Die Polizei muß angesichts der Mobilität der reisenden Randalierer ermächtigt werden, eine Informations- und Datensammlung anzulegen und den Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden zu intensivieren. Täter sollten unmittelbar die Folgen ihres Handelns spüren. Deshalb sollte geprüft werden, ob nicht vor Ort durch Staatsanwälte und einen abrufbaren richterlichen Bereitschaftsdienst Gewalttäter schnell überführt werden können. Wenn wir mit allen verfügbaren Konsequenzen der kleinen Gruppe von Randalierern entgegenzutreten, kann man den Problemen innerhalb der Stadien wirksam begegnen.

Schwerwiegender scheint mir allerdings die Gewalt außerhalb der Stadien. Hier zeigt sich, daß Sportveranstaltungen kaum die Ursache, sondern nur den Anknüpfungspunkt für längst vorhandene Gewaltbereitschaft bilden. Die brutalen Angriffe auf Ausländer in den letzten Wochen haben erschreckend deutlich gemacht, wie groß diese Gewaltbereitschaft ist und wie schnell sie sich neue Ziele sucht.

Dies ist das eigentliche Problem, dem sich die Gesellschaft und die Politik stellen müssen — nicht nur in unseren Stadien!

### DIE GRÜNEN: DFB und Vereine müssen mehr Verantwortung übernehmen

Sachkosten mitträgt. Gleichzeitig soll die Architektur der Fußballstadien an die Atmosphäre eines Tennis-Courts herangeführt werden: VIP-Lounges werden ausgebaut, preiswerte Stehplätze abgebaut oder ganz abgeschafft. Den einfachen Fans wird damit das Gefühl vermittelt, daß sie überflüssig sind.

Statt auf dem Rasen den gewalttätigen Konkurrenzkampf auf die Spitze zu treiben, statt Sportdirektoren sich ihres Alkoholgenusses rühmen zu lassen, hätten die Bundesliga-Vereine wichtigere Aufgaben: Wo haben Spieler bisher Patenschaften für Fan-Gruppen übernommen? Welcher Verein hat Mitbestimmungsmöglichkeiten für seine Anhängerinnen und Anhänger erprobt? Wann wird die verdienstvolle Arbeit der Fan-Projekte auch finanziell anerkannt? Welcher Verein unterstützt die Freizeitangebote der Fan-Projekte, ihre Hilfen bei Behördengängen oder bei der Job-Vermittlung?

Die Abschiebung der Verantwortung auf die Polizei ist weder gesellschaftspolitisch noch finanziell hinzunehmen. Die Grünen arbeiten derzeit an politischen Initiativen, den reichen Fußballverband nicht in die alleinige, aber in seine Verantwortung zu zwingen.

## Entwicklungshilfe: Nicht klotzen, nur kleckern

Im Rahmen der Haushaltsberatungen über den Entwicklungshilfe-Teil des Einzelplanes 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei) kam es in der von Jürgen Büssow (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit des Hauptausschusses am 6. November zu einer grundsätzlichen Aussprache über Entwicklungshilfe-Aktivitäten des Landes. Staatskanzlei-Minister Wolfgang Clement wehrte einen CDU-Vorschlag ab, die Landesmittel für die Dritte Welt zu konzentrieren, da sich die medien-, gruppen- und projektbezogene Förderung als am wirksamsten erwiesen habe. Die Empfehlung von CDU-Sprecher Norbert Giltjes, die Aufgaben des vom Ministerpräsidenten zu bestellenden Nord-Süd-Beauftragten der Landesregierung konkreter zu beschreiben, wurde angenommen.

Gegen die vom CDU-Sprecher erwogene Übertragung der Partnerschaft NRW-Brandenburg auf ein oder zwei Länder der Dritten Welt wandten Reinhold Hemker (SPD) und Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) ein, privates Engagement und freie Gruppen erzielten größere Erfolge als bürokratisch organisierte Projekte. In anderen Bundesländern werde der NRW-Weg bereits nachgeahmt und auf Bundesebene diskutiere man darüber. Der Unterausschuß nahm Erfahrungsberichte, auch von Minister Clement, entgegen, daß es sowohl bei der Entwicklungshilfe als auch bei der neuen Flüchtlingspolitik vor allem um den dauerhaften Einsatz von Menschen aus NRW in Armutsländern gehe. F.D.P.-Sprecher Dr. Horst-Ludwig Riemer fügte hinzu, das alle schließe eine „orientierende Konzentration“ der Landesmittel nicht aus.

Skepsis prägte die Ausführungen von Minister Clement zum Stand der Verhandlungen über die Beteiligung der Länder/Regionen an der Europäischen Politischen Union, die bei der Gipfelkonferenz am 9./10. Dezember in Maastricht Gestalt annehmen soll. Eine Regionalkammer als Vertretung unterhalb der nationalen Ebene habe keine Chance.

## Große Koalition beim Energiesparen Energie- und Emissionszahlen für alle Gebäude als Vorschrift

Im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wurde der vom Plenum überwiesene SPD-Antrag „Rationelle Energieverwendung: Die bisherigen Erfolge ausbauen“ nach Besprechungen zwischen SPD und CDU in der von Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleiteten Sitzung am 16. Oktober zu einer von den beiden großen Fraktionen gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung (Drs. 11/2646) ausgearbeitet. Der F.D.P.-Sprecher enthielt sich der Stimme, weil der gemeinsame Text zu kurzfristig vorgelegten habe.

Im gemeinsamen SPD-/CDU-Antrag wird zur rationalen Energieverwendung im Raumwärme- und Warmwasserbereich unter anderem die Einführung von Energie- und Emissionszahlen für alle Gebäude „zur Erhöhung der Markttransparenz und Vergleichbarkeit für den Nutzer“, auch „Energiepaß“ genannt, gefordert. Außerdem soll die Landesregierung für modellhaftes Ener-



Die Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Ingeborg Friebe, hat den portugiesischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. António Pinta da Franca und seine Begleitung zu einem Höflichkeitsbesuch im Landtag empfangen.

Foto: Schüller

Einem Regionalausschuß werde derzeit nur als Unterausschuß des Wirtschafts- und Sozialausschusses zugestimmt. Ein Klage-recht der Länder gegen EG-Bestimmungen werde es nicht geben.

## EG-Regierungskonferenz Politische Union

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) bedauerte, daß in Brüssel derzeit kaum auf wachsende antieuropäische Stimmungen einerseits und auf unübersehbare Trends zur kleineren Einheit wie der Region, vor allem auch in Osteuropa, geachtet werde. Jürgen Büssow (SPD) sagte, das Subsidiaritätsprinzip (vorrangiges Staatshandeln auf der nächstunteren Ebene) als Generalklausel sei unverzichtbar. Notfalls müsse man die Ratifizierung scheitern lassen. Die Europäische Politische Union berühre die Zukunft der Landesparlamente unmittelbar. Einer gemeinsam auszuarbeitenden Presseeklärung wurde zugestimmt.

giesparen in öffentlichen Gebäuden Sorge tragen. Die beiden Fraktionen treten für die Nutzung von Sparpotential durch dezentrale Energieversorgung, für stärkere Kraft-Wärme-Kopplung und für Effizienzsteigerung bei der Stromerzeugung ein wie durch Kraftwerke mit Druckwirbelschichtbefehrerung und Kombi-Kraftwerke mit integrierter Kohledruckvergasung.

## Öffentliche Anhörung: WFA-Eingliederung in WestLB

In siebenstündiger Anhörung trugen am 8. November rund 20 Sachverständige des Bankgewerbes, der Wohnungswirtschaft und des Wirtschaftsrechts dem Haushalts- und Finanzausschuß (federführend) und dem Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen Stellungnahmen zu der beabsichtigten Eingliederung der Wohnungsbau-förderungsanstalt (WFA) in die Westdeutsche Landesbank vor. Nach Ansicht des privaten Bankgewerbes würden der WestLB dadurch Wettbewerbsvorteile entstehen. Ein von der Landesregierung bereits eingeholtes Gutachten hatte die WFA-Übertragung als verfassungsrechtlich unbedenklich ausgewiesen und hinsichtlich des Wettbewerbs eine Funktionstrennung zwischen der WFA und der WestLB-Geschäftsbank befürwortet (ausführlicher Bericht in der nächsten Ausgabe).

★ ★ ★

## Sechsköpfige Delegation von Abgeordneten nach Skopje

Eine Delegation mit sechs Abgeordneten aus den vier im Landtag vertretenen Fraktionen will noch im November nach Skopje in Makedonien fliegen, um sich über den Stand der Reintegration von Roma zu informieren. Darüber erzielte der Hauptausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags bei einer Sitzung am Donnerstag, 7. November 1991, unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) Einvernehmen. Der Hauptausschuß folgte damit einem Beschluß des Ältestenrates des Landesparlaments. Die Delegation soll sich aus je zwei Parlamentariern der Fraktionen von SPD und CDU sowie je einem Abgeordneten der Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN zusammensetzen. Der genaue Abreisetermin wurde vom Hauptausschuß noch nicht festgelegt. Er soll allerdings noch in den November fallen. Ein Vertreter der Staatskanzlei teilte bei der Sitzung mit, am 11. Oktober 1991 sei eine erste Gruppe abgelehnter Asylbewerber der Roma nach Makedonien ausgeflogen worden. In den nächsten Tagen werde eine zweite Gruppe folgen. Im Augenblick werde ferner die Organisation der Rückführung einer dritten und vierten Gruppe vorbereitet. Der Sprecher äußerte die Hoffnung, das Reintegrationsprogramm noch in diesem Jahr abschließend umsetzen zu können. Ein Bericht über die weitere Aussprache im Hauptausschuß folgt in der nächsten Ausgabe. Er befaßte sich unter anderem mit dem Haushalt 1992 des Landtags, des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei sowie des Ministers für Bundesangelegenheiten. Die Schlußabstimmung über diese Einzelpläne soll am 21. November 1991 im Hauptausschuß erfolgen.

## Hauptausschuß: Staatsvertrag über Rundfunk im vereinten Deutschland gegen die Opposition gebilligt

Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat am 17. Oktober dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland mehrheitlich gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen zugestimmt. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) wies darauf hin, sollte am 1. Januar 1992 die neue gemeinsame Rundfunkeinrichtung von Deutschlandfunk, Rias und DS-Kultur noch nicht stehen, hätten die Ministerpräsidenten der Bundesländer dem ZDF aufgegeben, die freigesetzten Mitarbeiter von DS zu übernehmen: Um einem Konflikt mit der ARD vorzubeugen, hätten sich die Länderregierungschefs darauf geeinigt, daß eine solche Lösung nur befristet erfolgen solle, bis die gemeinsame Einrichtung stehe. Damit sei jetzt gesichert, daß sich die Mitarbeiter von DS-Kultur nicht auf der Straße widerfänden, und auch die der anderen Anstalten befänden sich in gesicherten Verträgen.

Der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow machte auf den Haken dieser vermeintlich vorläufigen Lösung aufmerksam. Der Intendant des ZDF, Professor Stolte, habe sich zufrieden gezeigt, daß DS Kultur zunächst vom ZDF bewirtschaftet werde, wohl in der Hoffnung, daß Fakten gesetzt würden. „Das wäre natürlich eine mißliche Lage“, sagte Büssow. Er fuhr fort, das wären Fakten, „die sich unseren Gestaltungsmöglichkeiten entziehen“. Er stellte die Frage: „Wie können wir die Zielvorstellungen der Länder sichern?“ Darüber gebe es keinen Parteienstreit.

Bei der Diskussion wurde erneut Kritik an der geplanten Sendeeinrichtung Euro News laut. Clement unterstrich: „Wir haben gegen Euro News schwere inhaltliche Bedenken.“ Euro News könne in Wahrheit nur existieren, wenn es vom deutschen Werbemarkt lebe. Im Verlauf seiner Ausführungen sprach sich der Minister für eine verbesserte Kooperation der öffentlich-rechtlichen Anstalten untereinander aus, mit dem Ziel, den Finanzausgleich zu verringern, wenn nicht auf Null zu bringen. Auf die Frage der Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn, welche Differenzen es unter den Ministerpräsidenten hinsichtlich der Ausdehnung der Werbung gegeben habe, sagte Clement, die Regierungschefs hätten es für richtig gehalten, die Werbung bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht auszudehnen. Im privaten

Rundfunkbereich sei ein Stückchen weiter liberalisiert worden. Zur Grundsatzposition des Saarlandes, Werbung auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunkbereich auszuweiten, bemerkte Clement, er halte das nicht für richtig. Die Privaten müßten Entwicklungschancen haben, so in Zukunft auch die Westschiene.

Sehr interessiert zeigte sich der Minister auch an Qualitätssteigerung bei den Privaten. Das bedeute Sendung von Eigenproduktionen aus NRW, aus der Bundesrepublik und Europa und nicht die Übernahme von amerikanischen Produktionen. Deshalb müsse auch eine Kooperation der Filmstiftungen herbeigeführt werden, „um unser Grundanliegen durchzusetzen“.

Den Standpunkt der CDU-Opposition zum Gesamtstaatsvertrag verdeutlichte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi. Kernproblem des Rundfunkstaatsvertrages sei, daß mit der Neuordnung alle anderen anstehenden Fragen verbunden worden seien. Eine Fülle von Kompromissen habe dazu geführt, daß die medienpolitischen Voraussetzungen in vielen Punkten nicht erfüllt worden seien. Deshalb könne die CDU-Fraktion den Medienstaatsverträgen und dem Gesamtstaatsvertrag nicht zustimmen. Als Beispiel führte Frau Hieronymi an, die Finanzausgleichsregelung, so wie sie vorgesehen sei, werde nicht zur Finanzausgleichsreduzierung führen. Die

Sprecherin sagte Ja zu einer Neuordnung der Rundfunklandschaft, aber Nein zu Gebührenerhöhungen „in dieser Höhe und zu diesem Zeitpunkt“. Clement dagegen hielt 2,30 Mark, die die öffentlich-rechtlichen Anstalten von der Gesamterhöhung von 4,80 Mark mehr erhalten sollen, für gerechtfertigt. An die CDU gewandt, sagte der Minister: „Sie müssen das Schicksal erleiden, daß Sie in einem Boot mit der bayerischen Opposition fahren.“ Die Bayern haben sich für eine Gebührenerhöhung ausgesprochen.

Der Hauptausschuß schloß im weiteren Verlauf seiner Sitzung die Einzelberatungen des Haushaltsgesetzes 1992 ab. Bei der Erörterung des Etats des Ministers für Bundesangelegenheiten fragte die Abgeordnete Hieronymi (CDU), ob die Westdeutsche Landesbank (WestLB) den Schaumburger Hof, ursprünglich geplantes Tagungs- und Gästezentrum des Landes in Bonn, schon wieder verkauft habe. Staatssekretärin Heide Tucholski-Dörrhöfer berichtete, die WestLB habe nicht verkauft. Es gebe aber mehrere Interessenten.

Vor der Beratung des Landtagshaushalts warf der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Gerhard Wendzinski, die Frage auf, wann die abschließende Sitzung des Hauptausschusses zum Haushalt 1992 stattfinde. Im Einvernehmen mit den Fraktionen benannte Vorsitzender Grätz den 21. November. Als erster ging der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, dann auf den Etat des Parlaments ein. Er verwies darauf, daß wieder eine halbe Million Mark für besondere Veranstaltungen des Landtags eingesetzt sei. Der Direktor beim Landtag, Heinrich Großesender, erläuterte, mit diesem Titel solle in besonderer Verantwortung erfaßt werden, was an Veranstaltungen auf den Landtag zukommen könne. Großesender sprach von „einer gewissen Reserve“. Als mögliche Veranstaltungen nannte er „Kinder im Parlament“, ein Sommerfest im Parlament, vermehrte Ausstellungen, Zusammenkünfte des NRW-Landtags mit dem Parlament von Brandenburg sowie mit den Partnerschaftsparlamenten. Der Direktor dachte ferner an kulturelle Aktionen im eigenen Hause. Er erinnerte an das Gastspiel, das der Essener Theaterintendant Heyme mit einer spektakulären Aufführung der Orestie von Äschylus gegeben habe. Das habe Anklang gefunden, müsse aber nicht in derselben Form wiederholt werden. Es gebe ferner Überlegungen „mit verschiedenen Orchestern“. Von der Präsidentin sei allerdings noch nicht entschieden worden. Vorsitzender Grätz wertete das als „interessante Ansätze“. Eine stärkere Öffnung des Hauses könne man nur begrüßen.

Zum Abschluß der Sitzung einigte sich der Hauptausschuß darauf, auf Antrag der GRÜNEN eine Abordnung unter Beteiligung des Innenausschusses nach Skopje in Mazedonien zu schicken, um sich mit eigenen Augen vom Stand des Reintegrationsprogramms für Roma zu informieren. Der CDU-Abgeordnete Dr. Hans-Ulrich Klose meinte, man sei gut beraten, sich selbst davon zu überzeugen, wie die Sache vor sich gehe. Wolfgang Clement betonte, die ersten Schritte der Reintegration seien positiv verlaufen. Schließlich setzte der SPD-Abgeordnete Norbert Burger, der zeitweilig die Leitung der Ausschußsitzung übernommen hatte, den 1. November als Abfahrtsdatum fest.



Angehende Jungwähler aus Hilden haben den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und sind von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (3. v. r. vorne) zu einem politischen Gespräch empfangen worden. Anschließend folgte eine Diskussion der jungen Leute mit Abgeordneten. Die Fahrt nach Düsseldorf war vom Jugendamt der Stadt Hilden arrangiert worden. Foto: Leuschner

## Kommissionsreise des Hauptausschusses nach Prag und Warschau — Zweiter Teil:

### Wunsch nach enger Kooperation mit dem Land Nordrhein-Westfalen

Zur Diskussion über die allgemeine politische Entwicklung in Polen, den Stand der Medien-, insbesondere der Rundfunkgesetzgebung und die Situation der Filmproduktionsstätten zu diskutieren, hatte der Vorsitzende des Hauptausschusses, Reinhard Grätz (SPD) verschiedene Redakteure, Schriftsteller, Filmkritiker und sonstige Medienvertreter eingeladen. Man war sich einig in der Einschätzung, daß in allen Bereichen vom Westen eine starke Sogwirkung ausgeht und man Gefahr laufe, die eigene Identität zu verlieren. Die Situation des polnischen Films wurde als sehr kritisch beurteilt. 40 Jahre Planwirtschaft hätten nicht nur zu einer allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage geführt, sondern der Filmindustrie weitere spezifische Schwierigkeiten und Probleme gebracht.

Die wirtschaftliche Situation zwingt die Kinobesitzer, auf den Geschmack der Zuschauer und damit auf den westlichen, insbesondere den amerikanischen Film umzuschwenken. Man müsse unter Zeitdruck Geld aufreiben und möglicherweise in einem internationalen Interessenverband einen Weg aus der Misere finden. Die derzeit bestehenden Filmstudios sind nicht ausgelastet; hier könnten möglicherweise nur Co-Produktionen und besondere Formen der Kooperationen helfen. Man hofft auch weiterhin auf Finanzierung durch die europäische Filmförderung EFDO. Auf die Frage nach dem Umgang mit den Medien in der neuen Freiheit äußerte sich die Vertreterin der Gazeta Wyborcza (Zeitung der Solidarnosc): „Wir haben die Freiheit, aber noch nicht im Medienbereich.“ Sie hofft mit ihren Kollegen, daß der Sejm bald ein entsprechendes Gesetz erläßt, das staatliche Monopole aufhebt und Rundfunk und das Fernsehen von entsprechendem Einfluß freistellt.

In Gesprächen mit Vertretern des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland standen Überlegungen im Mittelpunkt, die Kontakte zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen zu vertiefen und zu konkretisieren. Besonders im Bereich des Umweltschutzes sei eine Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen wünschenswert; konkrete Investitionsprojekte wolle man der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorschlagen. An die Parlamentarier ging die Bitte, NRW auch für finanzielles Engagement zu begeistern, um Unterstützung insbesondere für Oberschlesien zu gewähren.

In seiner Erwiderung erklärte sich der Vorsitzende bereit, vor allem bei den Umweltschutzmaßnahmen, in denen das Land einen hohen technischen Standard erreicht hat, als Parlamentarier vermittelnd tätig zu werden. Die Schulung von Wirtschaftsleuten sei sicher notwendig und der Hauptausschuß wolle versuchen, die Bildungseinrich-

tungen zu animieren, auch für Polen offen zu sein. Erläutert wurden im Gespräch mit Vertretern des Privatisierungsministeriums auch die praktischen Auswirkungen und die Umsetzung des Privatisierungsgesetzes vom Mai 1990. In dem Gesetz sei in zwei Schritten eine Privatisierung aller staatlichen Unternehmen geplant. Man hofft durch Einbringung in Anlagefonds auf einen kräftigen Investitionsschub. Das dem Parlament vorliegende Gesetz zur Beteiligung ausländischer Firmen soll ausländische Investoren anlocken, indem es keine Devisenrestriktionen mehr enthält und eine 100prozentige Rückerstattung des Gewinns und der eingebrachten Mittel garantiert.

Im Kultusministerium wurde die Situation der polnischen Kinematographie und Filmproduktion mit dem zuständigen Vizeminister erörtert. Nach seiner bildhaften Einschätzung ist die Filmindustrie mit einem Huhn vergleichbar, aus dem man sehr leicht eine Hühnerbrühe herstellen könne; sein Ministerium stehe aber vor der Situation, aus der Hühnerbrühe ein Huhn schaffen zu müssen. Zu Zeiten des Kommunismus habe alles Risiko allein der Staat getragen und die

mer auf, dafür Sorge zu tragen, das wenigstens dieser Satz Lenins wahr bleibt. Er beklagte schließlich auch noch, daß das Fernsehen, ansonsten ein Schwungrad für die Filmindustrie, im Zerfall begriffen sei.

In Gesprächen mit Wojewoden und Stadtpräsidenten in Krakau und Kattowitz wurden von den Gesprächsteilnehmern die besonderen Probleme im Bereich des Umweltschutzes angesprochen. Die staatlichen Betriebe befinden sich im Übergang zur Privatisierung, verfügen aber lediglich über eine sehr dünne Kapitaldecke. Das ausländische Kapital muß interessiert werden, trotz rückständiger Technik und struktureller Mängel in der Region. Man ist der Überzeugung, daß nur über Kooperationen die dringlichsten Probleme gelöst werden könnten. Das Grundübel sei die Umweltbelastung durch die riesigen Stahlwerke, aber auch die Immissionen der einzelnen Haushalte, glauben die zuständigen Wojewoden.

Man wolle alle möglichen Maßnahmen bündeln, um Bedingungen zu schaffen, die insbesondere in Krakau zum einen die unschätzbaren kulturellen Werte erhalten, darüber hinaus aber den dringend notwen-



Auf der ersten Station der Reise, in Prag, wurde die Kommission zu einem Gedankenaustausch vom engsten Berater von Staatspräsident Václav Havel, Staatssekretär Fürst Schwarzenberg (links im Bild), auf der Prager Burg empfangen. Rechts neben Schwarzenberg der Ausschußvorsitzende Reinhard Grätz (SPD).

Filmproduktion war ganz allein regisseurgesteuert. Ab sofort müßten produktionsgesteuerte Filme so konzipiert werden, daß sie auch im Ausland eine Chance haben. Problematisch sei es, daß es nach wie vor an einer gesetzlichen Grundlage für Filmproduktionen fehle. Das Kultusministerium, so der Vizeminister, sei bemüht, mit allen europäischen Filmproduzenten und zuständigen Dienstbehörden Kooperationen zu erreichen, gemeinsame Interessen an Filmproduktionen festzulegen sowie die notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungs- und Finanzierungsmaßnahmen festzuschreiben. Auch der Minister befürchtet, daß der zu beklagende Amerikanismus die polnische Identität zerstört. Er hofft, daß Europa zueinander findet, aber jeder Teil Europas gleichzeitig seine Eigenart behält. Lenin, so der Minister weiter, habe einmal gesagt, der Film sei die wichtigste aller Künste. Er forderte die anwesenden Gesprächsteilneh-

digen Fremdenverkehr fördern. Dies sei nur möglich durch eine Umwandlung und Umstrukturierung der Wirtschaft. Krakau wolle wieder kultureller akademischer Mittelpunkt in Südpolen werden und strebe an, von der umweltbelastenden Industrie zu mehr ökologischer Produktion zu kommen, so der Stadtpräsident. Die ganze Region müsse dazu allerdings umdenken und besonders der Umweltschutz weiter in den Vordergrund rücken. Sowohl im Dienstleistungsbereich als auch im Hotel- sowie in der technischen Infrastruktur lag die Verantwortung bisher beim Staat. Hier muß nach der Umwälzung viel getan werden. Große Hoffnung setzten die Gesprächsteilnehmer in den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag. Der Geist des Vertrages müsse sich allerdings noch materialisieren und man hoffe, daß er Durchbruch und zugleich Initialzündung sei in allen Bereichen.

Bitte umblättern

In Kattowitz, dem südlichsten Bezirk im Bereich des deutschen Generalkonsulats Breslau, wurde großer Wert darauf gelegt, daß möglichst bald auch hier ein Konsulat eingerichtet wird. In Gesprächen mit den zuständigen Direktoren bei den Wojewodschaftsämtern sowie mit dem Stadtpräsidenten wurde erneut der Umweltschutz als größtes Problem dargestellt. Man strebe möglichst schnelle Lösungen an, um den ökologischen Verfall zu stoppen, die Wirtschaftskraft neu zu beleben und eine Restrukturierung voranzutreiben. Allerdings ist man sich darüber auch im klaren, daß strukturelle Veränderungen auch zu größeren Arbeitslosenzahlen mit den entsprechenden gesellschaftspolitischen und sozialen Folgen führen können. Man sei deshalb auf die Zusammenarbeit gerade mit solchen ausländischen Partnern angewiesen, die vor derartigen Problemen schon gestanden haben. Nordrhein-Westfalen etwa habe im Ruhrgebiet ähnliche Probleme bereits gelöst. Deshalb bietet sich nach Auffassung beider Seiten eine regionale Partnerschaft zwischen NRW und dem Raum Oberschlesien/Krakau im zusammenwachsenden Europa als besonders ertragreich an.

Eine Diskussion über aktuelle Probleme der deutschen Minderheit in der Region führte der Hauptausschuß mit Vertretern der deutschen Minderheit in deren Vereinshaus. Die Mitglieder des DFK (Deutscher Freundschafts-Kreis) informierten über die Lebensumstände im Umbruch, über alte traditionelle Verbindungen zwischen dem Ruhrgebiet und Oberschlesien und die konkrete Situation der Minderheiten vor Ort. Angesprochen wurden die Probleme im Zusammenhang mit dem Nachweis der deutschen Abstammung; diskutiert der Inhalt des Freundschaftsvertrages, der nach Ansicht der DFK ein Schiedsgericht zur Schlichtung von Streitigkeiten über Auslegungen des Vertrages enthalten sollte. Vorgetragen wurden auch Probleme im Schulbereich. Deutsch war bisher als Unterrichtssprache in Oberschlesien nicht erlaubt. Für den Deutschunterricht stehen bei weitem nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung. Deutschkurse für Anfänger und Fortgeschrittene biete der DFK an. Es fehlen Unterrichtsmaterialien, insbesondere in der Mittelstufe.

Diskutiert wurden auch die Chancen der DFK bei den bevorstehenden Sejm-Wahlen, Kandidaten in das polnische Parlament zu entsenden. Der DFK hat die Beziehungen zum Bund der Vertriebenen auch nach NRW intensiviert. Die NRW-Parlamentarier gaben die Anregung, Beziehungen auch zu anderen deutschen Organisationen, Behörden und Vereinigungen auch im Interesse der Bürger in Oberschlesien zu suchen. Neben dem DFK hat sich eine weitere Arbeitsgemeinschaft „Versöhnung und Zukunft“ der Probleme der deutschen Minderheiten angenommen. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft erläuterte seine politische Philosophie. Es sei wichtig für die deutsche Minderheit, ständigen Kontakt zur polnischen Bevölkerung zu halten, ihr zu helfen, die Probleme vor Ort zu regeln, neue soziale Strukturen aufzubauen und die Ökologie zu erneuern. Nur wenn es gelingt, das Leben vor Ort unter zur Zeit ärmsten Verhältnissen zu verbessern, könne das die Jugend motivieren, in der Region Oberschlesien weiterzuarbeiten und zu leben.

## Brunn: Haushalt steigt 1992 um über fünf Prozent Wissenschaft und Forschung sind auch weiterhin Kernaufgabe des Landes NRW

*Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung nahm unter Vorsitz des Abgeordneten Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) die Beratungen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 1992 (Einzelplan 06 – Ministerium für Wissenschaft und Forschung) auf.*

Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), wies in ihrem Einführungsbericht vor dem Ausschuß darauf hin, daß sich der Einzelplanentwurf ihres Ministeriums auf rund 7,34 Milliarden Mark belaufe, was einer Steigerung gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um 384 Millionen Mark oder 5,5 Prozent entspreche. Demgegenüber steige der Landeshaushalt nur um 3,5 Prozent. Nach den zur Zeit vorliegenden Hochrechnungen erwartet die Ministerin zum Wintersemester 1991/92 kein weiteres Anwachsen der Studienanfängerzahlen an den Hochschulen unseres Landes. Die Zahl der Studienanfänger stabilisiere sich größenordnungsmäßig auf dem hohen Niveau des letzten Wintersemesters. Dies bedeute, daß die Überlast an den Hochschulen zu einer Dauerlast werde. Der Ausbau der Hochschulen sei nach wie vor dringlich. Die Mittelreduzierung des Bundes bei der Forschungsförderung führe allerdings zu derzeit noch nicht exakt bezifferbaren Einschränkungen. Die Haushaltssituation erhöhe die Bedeutung inhaltlicher Reformen.

Das Programm „Qualität der Lehre“ soll in dieser Legislaturperiode weiter verbessert werden. Der Lehre soll durch verschiedene Maßnahmen ein größeres Gewicht in den Hochschulen gegeben werden. Dazu gehörten zum Beispiel eine Verbesserung der Organisation des Studiums, Orientierungshilfen für die Studenten, Anreize für die Lehre und Verbesserung der didaktischen Qualitäten der Lehrenden. Für 1992 seien dafür 14,5 Millionen Mark im Regierungsentwurf vorgesehen. Insgesamt seien 204 zusätzliche Stellen im Entwurf des Einzelplans 06 ausgewiesen. Dabei handele es sich um 46 drittfinanzierte Stellen und 158 Stellen aus dem Hochschulsonderprogramm II.

In der anschließenden Ausschußdiskussion, in der sich die Fraktionen zunächst auf die Darstellung von Grundsatzpositionen beschränkten, bewertete es der Sprecher der SPD-Fraktion, Rudolf Apostel, als richtig, daß der Status quo mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf gesichert sei. Man müsse berücksichtigen, daß ein großer Teil der jungen Studenten keinem Vollstudium mehr nachginge. Eine Korrelation von Ausgaben und Studentenzahlen sei nicht sachgerecht. Dr. Michael Vesper von der Fraktion DIE GRÜNEN hielt dem die Frage entgegen, woran die Haushaltsmittel denn überhaupt auszurichten wären, wenn nicht am gesellschaftlichen Bildungsbedarf und damit an den Studentenzahlen. Alle Ausschußmitglieder seien sich doch einig, daß an den Hochschulen Fehlbedarf herrsche. Wenn die Hochschulpolitik zu den Kernaufgaben des Landes gehöre, dann käme der Einzelplan 06 in der Gesamtschau des Haushalts zu schlecht weg.

In seiner Funktion als Sprecher der F.D.P.-

Fraktion gab der Vorsitzende zu bedenken, daß bei der Frage, ob im Haushalt genug durchgesetzt worden sei, schließlich auch die Meinung der zuständigen Bildungsminister nicht außer acht gelassen werden dürfe, nach der die Bildungshaushalte doppelt so hoch wie die allgemeinen Haushalte ansteigen sollten. Dies sei hier eindeutig nicht erreicht. Bei den Studentenzahlen sei deutlich zu differenzieren. Auch er pflichtete seinem Vorredner in der Frage bei, woran man sich sonst grundsätzlich zu orientieren habe. Selbst wenn sich das Studienverhalten nicht ändere, sei doch eine deutliche Steigerung festzustellen und die Tatsache nicht aus den Augen zu verlieren, daß wir es seit Jahren mit einer Überlast an den Hochschulen zu tun hätten. Dem Thema der Prioritätensetzung käme das entscheidende Gewicht zu. Je schlechter die grundlegenden Rahmenbedingungen seien, desto weniger seien Innovationen im inhaltlichen Bereich glaubwürdig.

Darauf erwiderte Apostel, daß der Bereich Wissenschaft und Forschung durchaus als Kernaufgabe des Landes begriffen werde. Ausdruck dafür sei, daß sich immerhin etwa zehn Prozent des gesamten Landeshaushalts darauf konzentriere. Dieser Anteil sei heute sehr viel besser als beispielsweise vor 15 Jahren, und er habe sich immer wieder erheblich gesteigert. Das ausschließliche Schielen auf Studentenzahlen sei falsch. Es müßten auch objektive Kriterien zur Anwendung kommen. So sei auch im Hochschulbereich nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen, wie dies die Wirtschaft auch tun müsse. Die Studentenzahlen könnten jedenfalls nicht der einzige und schon gar nicht der ausschlaggebende Faktor sein. Der Ausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den Haushaltspositionen im Detail auseinandersetzen.

## Sanierung nur bei sicherer Grundversorgung

Erst wenn die Grundversorgung der Studierenden gesichert sei, könne die Kölner Universitätsmensa aus Gründen der umfassenden Sanierung geschlossen werden. Dazu bedürfe es noch weiterer intensiver Planungsgespräche, teilt die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage von Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) mit. Die Abgeordnete hatte auf die bevorstehende Schließung dieser mit täglichen 10.000 Essensabgaben größten deutschen Mensa hingewiesen und auf das Dilemma für die Studentenschaft aufmerksam gemacht. Die Wissenschaftsministerin schließt einen Betrieb der Küche im Sanierungszeitraum aus, „weil die gesamte Medienversorgung mit dem Austausch der technischen Zentralen und der Installation dadurch unterbrochen wird“. Die Untersuchungen über den Zustand der technischen Einrichtungen seien zu dem Schluß gekommen, daß eine durchgreifende Sanierung des Wirtschaftsbereichs in absehbarer Zukunft durchgeführt werden sollte (Drs. 11/2324).

## Berufsverbände sehen Personalhaushalt 1992 als Weg in die Krise an Beamte bitten Politiker: Nicht soviel versprechen!

Dem vom Vorsitzenden Peter Bensmann (CDU) geleiteten Unterausschuß des Haushaltsausschusses trugen insgesamt elf Sprecher und eine Sprecherin von vier Berufsverbänden ihre Sorgen vor. Kurt Bodewig (Deutscher Gewerkschaftsbund) würdigte, ebenso wie die meisten Sprecher nach ihm, die ungeheuren Transferleistungen von NRW nach Brandenburg, die der Finanzminister mit 20,6 Milliarden Mark bezifferte. Gravierende Defizite im NRW-Personalhaushalt dürften jedoch nicht übersehen werden. Trotz dessen Steigerung um fast 6,4 Prozent enthalte er keine neuen Stellen. Das zeige den Nachteil der auf den Beamtenstatus abzielenden Verwaltungsstruktur. 1992 sollten laut Entwurf 414 Angestelltenstellen abgeschafft, dagegen 1121 Beamte neu eingestellt werden. Dramatisch sei der Abbau von 998 Anwärterstellen.

Der DGB-Sprecher forderte auch unter Hinweis auf die beiden Kienbaum-Gutachten zur Polizei und zur Schule in NRW:

- ☆ Wegfall der neunmonatigen Besetzungs- und Beförderungssperre
- ☆ Wegfall des dreijährigen Phasenbeschlusses
- ☆ Ausschöpfen der Stellenplanobergrenzen
- ☆ beschäftigungswirksames Umsetzen der Arbeitszeitverkürzung von 1988
- ☆ Aufhebung der Vermerke „künftig wegfallend“.

Für die vom DGB für besonders wichtig gehaltene Ausstattung der beruflichen Bildung hielt Bodewig unter Berufung auf die Landtagsinitiative „Stärkung der Qualifizierungsarbeit an beruflichen Schulen“ 4200 mehr Stellen für realistisch. Beim Arbeitsschutz sei der Wegfall von zwölf Stellen völlig unakzeptabel.

Für die ÖTV-Gewerkschaft NRW wies Ortwin Swiderski besonders auf Mittelbedarf für freigestellte Personalräte, für Personal im nichtrichterlichen Bereich der Arbeitsgerichte, beim Geologischen Landesamt, in der Aussiedlerstelle Unna-Maassen, bei Bewährungshelfern und im Justizvollzug, bei den Studentenwerken und in der Finanzverwaltung hin. Für die Gewerkschaft der Polizei forderte Dieter Pütz das Eingangsamt A9 und ab 1992 Einstellungen nur noch ab gehobenem Dienst.

Für den Deutschen Beamtenbund wandte sich dessen stellvertretender Vorsitzender Horst Ritter gegen die Aussage vom „Nullwachstum“: Laut Haushaltsplan sei vielmehr ein Stellenabbau von 1083 Stellen, davon 864 für Beamte, vorgesehen. Vertrauensverlust entstehe, wenn Millionenbeträge für Organisationsgutachten ausgegeben, der Bedarf für eine aufgabengerechte Personalausstattung ermittelt werde, sich anschließend aber nichts bewege. Die Politik formuliere strengere Umweltschutzaufgaben, sie verlange im Interesse der Bürger größere Verkehrssicherheit, erweiterte Leistungen nach dem Jugendhilfegesetz, neue Leistungen im Bereich der Kinderbetreuung, sie verspreche Hilfestellung beim Aufbau in den neuen Bundesländern, und ständig neue schulische Angebote. „Man müßte meinen, daß entsprechend den gestiegenen Aufgaben das Personal vermehrt worden wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Ohne diesen Aufgabenzuwachs hatten wir 1980 ca. 18000 mehr Beschäftigte in den Landesverwaltun-

Bei der Anhörung der Berufsverbände zum Personalhaushalt 1992 trugen die Sprecher der Gewerkschaften und des Beamtenbunds dem Unterausschuß Personal des Haushalts- und Finanzausschusses ernsthafte Sorgen um das Ansehen und die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in NRW vor. Das Vertrauen gehe verloren, wenn aufgabengerechter Personalbedarf ermittelt werde, sich aber im Haushalt nichts bewege. Die Politik müsse aufhören, ständig nach draußen neue Leistungen zu versprechen, die Landesbediensteten nach drinnen aber kräftemäßig zu überfordern, sagte der Sprecher des Beamtenbunds. Trotz strengerer Umweltschutzaufgaben, erweiterter Jugendhilfe, Aufbauhilfe in Brandenburg und neuer schulischer Angebote sollten nach dem Regierungsentwurf fast 1100 Stellen abgebaut werden. Wegen fehlenden Personals könnten jedoch die innere Sicherheit in den Bereichen Drogenszene und Bandenkriminalität, die Sicherheit im Strafvollzug, gesetzliche Vorgaben bei Gewerbeaufsicht, Arbeits- und Umweltschutz nicht mehr gewährleistet werden. Die Steuerverwaltung klagte über Steuerausfälle in Milliardenhöhe. In den Schulen fielen mehr als zehn Prozent der den Schülern garantierten Unterrichtsstunden aus. Der Personalbedarf wurde bei der Polizei mit 7500, in der Justiz mit über 500, für Sonderschulen mit rund 5400, bei den Ämtern für Wasser und Abfall mit weit über 1000 beziffert.



Über die „Wunschliste“ als jährliches Ritual bei den Haushaltsberatungen hinaus gingen die Sprecher der Berufsverbände bei der Anhörung im Unterausschuß Personal mit der grundsätzlichen Forderung an die Politik, durch zuviele Versprechungen den öffentlichen Dienst nicht zu überfordern. Vorn v.l.: Ernst Walsken, stellvertretender Vorsitzender (SPD), zwei Vertreter des Deutschen Beamtenbunds, Gisela Meyer-Schiffer (SPD), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN), Peter Bensmann, Vorsitzender des Unterausschusses Personal (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.), Winfried Schittges (CDU).  
Foto: Schüler

gen als 1991“, sagte Ritter und fuhr fort: „Die öffentlichen Verwaltungen und Schulen sind nach unbestreitbaren und objektiven Untersuchungen nicht mehr in der Lage, die gesetzlich vorgegebenen Leistungen zu erbringen. Die innere Sicherheit ist wegen fehlender Polizeikräfte im Bereich der Drogenszene und der Bandenkriminalität in Frage gestellt. Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutz und Umweltschutz können wegen mangelnden Personals die durch Recht und Gesetz vorgegebenen Anforderungen nicht mehr erfüllen. Im Strafvollzug ist die Sicherheitsfrage gestellt. Die Steuerverwaltung klagt mangels ausreichenden Personals über Steuerausfälle in Milliardenhöhe jährlich, was wir für einen besonderen Skandal halten, und in den Schulen fallen im Jahr mehr als 10 Prozent der den Schülern garantierten Unterrichtsstunden aus. Der Sprecher des Beamtenbunds wies Vermutungen zurück, bei den im Vorjahr für Brandenburg bewilligten Stellen handele es sich um eine stille Reserve der Ressorts, und äußerte Sorge um sinkendes Ansehen des öffentlichen Dienstes, auch durch Negativschlagzeilen, und schwindendes Vertrauen in die politische Führung. Neue Aufgaben im Strafvollzug machten einen Mehrbedarf von 12 Prozent nötig, meinte Willi Wessels (Beamtenbund). Ein

radikales Umdenken der Stellenpolitik hielt Uwe Franke (Lehrerbund im DBB) für erforderlich. Der Sprecher des Deutschen Richterbunds Trese zitierte die Landesregierung in der Begründung des neuen Betreuungsgesetzes von 2. Oktober 1991 und erläuterte den daraus folgenden hohen Personaleinsatz, vor allem bei den Vormundschaftsgerichten. Auf personalintensive „Luxus“-Verfahrensvorschriften im Strafrecht machte als Sprecher der Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Rahmer aufmerksam; die Rechtspflege zu vereinfachen genüge nicht mehr.

Marita Klein (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) kritisierte die Festschreibung einer Personalquote im Landeshaushalt: Das sei realitätsfremd, unsolid und konzeptionslos. Eher müsse aus Kostengründen der mittlere Dienst und vergleichbare Angestellte Aufgaben des gehobenen Dienstes übernehmen. Den Angestellten müsse ausreichende Aus- und Weiterbildung, auch im Hinblick auf die automatisierte Datenverarbeitung gewährleistet werden, damit nicht nur Beamtenanwärter eingestellt würden. Gleichwertige Qualifizierung müsse auch Angestellten den Zugang zu höherwertigen Stellen ermöglichen. Insgesamt werde die Nachfrage nach staatlicher Dienstleistung in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit, Soziales, bei Bildung und Freizeit wachsen.



## In Dänemark ist Integration behinderter Kinder in den Schulen vollzogen

### „Stützlehrer“ helfen Problemkindern bei Teilnahme am normalen Unterricht

*In der bundesweiten Diskussion über die institutionelle Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung spielt das Land Nordrhein-Westfalen eine herausragende Rolle. Der Schulversuch in der Grundschule wird mit Ablauf des Schuljahres 1992/93 beendet sein. Nach Auswertung der Erfahrungen und Vorliegen der Ergebnisse muß über die schulpolitischen Konsequenzen entschieden werden. Während die Diskussion hierzulande gerade erst in Gang gekommen ist, liegen in Nachbarländern, insbesondere in Dänemark, schon praktische Erfahrungen mit einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern vor. Eine Kommission des Ausschusses für Schule und Weiterbildung hatte deshalb eine Studienreise nach Kopenhagen und Umgebung unternommen, um sich durch Hospitationen und Gespräche vor Ort über die praktizierte Integration behinderter Kinder in das Regelschulsystem zu informieren.*

Das dänische Schulwesen ist gegliedert nach Vorschulerziehung, der Grundschule verbunden mit der Unterstufe der Sekundarstufe in der „Folkeskole“ sowie der Oberstufe der Sekundarstufe. Die Folkeskole untersteht örtlichen Behörden, während die Oberstufe der Sekundarstufe jeweils einem der 14 Verwaltungsbezirke (Ämter) untersteht. Eingerichtet ist eine neunjährige ganztägige Schulpflicht für die Schüler von sieben bis 16 Jahren. Die Folkeskole ist gesamtstaatlich strukturiert, das heißt, sie umfaßt die Klassen 1 bis 9. Ein zehntes Schuljahr ist freiwillig. Der Unterricht ist kostenlos. 90 Prozent aller Kinder besuchen diese Schule, die restlichen zehn sind Schüler von Privatschulen, für die in der Regel Schulgeld bezahlt werden muß.

Das dänische Parlament (Folketing) beschloß im Jahre 1969, allen örtlichen Schulbehörden zu empfehlen, die Volksschule dahingehend auszubauen, daß behinderte Schüler weitestgehend in einer normalen Schulumgebung unterrichtet werden können. Dieser Folketingsbeschuß führte dazu, daß in den 70er und 80er Jahren immer weniger Schüler für Sonderschulmaßnahmen ausgesondert wurden, während gleichzeitig die Zahl der schwerbehinderten Schulpflichtigen ohne Unterricht laufend verringert wurde. Durch das Schulgesetz vom 1. Januar 1980 wurde das tradierte Sonderschulsystem endgültig abgeschafft. Von diesem Zeitpunkt an gelten die gleichen gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich Schulpflicht und Anspruch auf Unterricht für alle Kinder.

Integration in der dänischen Grundschule ist Ausdruck für eine Einschulung, bei der das Kind seinen Platz möglichst nahe an der normalen Schulsituation erhält. Die Maßnahme wird für jeweils höchstens ein Jahr nach einer konkreten Beurteilung der Möglichkeiten und der Bedürfnisse jedes einzelnen Schülers beschlossen.

Als Grundlage dafür werden fünf Kriterien beachtet:

- größtmögliche Nähe zur häuslichen Umgebung;
- nicht mehr Unterstützung oder besondere Hilfe als nötig, um in bestimmten Situationen die Behinderung und deren Folgen überwinden zu können;
- Unterricht für einen behinderten Schüler in weitestmöglichem Umfang in einer normalen Schulsituation;
- Gewährleistung, daß der Schüler auch den fachlichen Unterricht der Schule zufriedenstellend nutzen und dadurch seine

Begabungen und Anlagen möglichst weitgehend entwickeln kann;

- von entscheidender Bedeutung ist, daß der Sonderunterricht nach Meinung der Eltern und Lehrer dem Schüler am meisten nutzt.

Durch die Besuche mehrerer Schulen in verschiedenen Gemeinden, verbunden mit Informationsgesprächen und Fachdiskussionen, nahm die Kommission Gelegenheit, einige Konzepte integrativen Unterrichts in der Praxis zu erfahren. Über zwei Modelle soll hier kurz berichtet werden.

Integration in die Normalklasse ist der Regelfall. Problemkinder, die sich in der Normalklasse nicht behaupten können (etwa Kinder mit speziellen Lernschwierigkeiten, „schulmüde Kinder“) nehmen am Unterricht in Sonderklassen teil. Das sind Kleinstklassen (vier Kinder je Lehrer), die nicht in separierenden Sonderschulen, sondern unter dem Dach der Volksschule untergebracht sind. Diese additive Organisation von Normal- und Sonderklassen vermeidet räumliche Ausgrenzungen. Sie bietet behin-

derten Schülern die Möglichkeit zu Kontakten und Freundschaften. So werden die Kinder der Sonderklassen gegen Ende der sonderpädagogischen Fördermaßnahmen stundenweise in Normalklassen integriert, um die Möglichkeiten einer dauerhaften Rückgliederung auszutesten.

Wie erwähnt, ist die Volksschule in Dänemark mit dem Schulgesetz von 1980 verpflichtet, behinderte Kinder ihres Einzugsbereiches in den Normalunterricht zu integrieren. Unterricht in Klassen mit einem oder mehreren behinderten Kindern wird gemeinsam durch den Klassenlehrer und einen zusätzlichen Stützlehrer gestaltet. Während der Klassenlehrer für die normale schulische Unterweisung zuständig ist, vermittelt der Stützlehrer Problemkindern (lese-recht-schreibschwache Schüler, Kinder mit spezifischen Behinderungen) besondere Hilfe. Je nach Bedarf können diese Verfahren durch Gruppenarbeit mit Problemschülern oder Einzelunterricht ergänzt werden. Für die behinderten Kinder wird pro Schuljahr ein individuelles Lernprogramm festgelegt, das mit dem Lehrerrat der Schule abgestimmt ist. Für alle praktischen Belange außerhalb des Unterrichts (Transport, Mobilität in der Schule, Pflegeleistung) stehen den behinderten Kindern „Schulhelfer“ zur Verfügung. Freistunden werden durch die Angebote von Freizeitpädagogen ausgefüllt.

Lehrer, die nicht schon über eine sonderpädagogische Zusatzqualifikation verfügen, können zwischen der Anmeldung behinderter Kinder zur Schule und deren tatsächlicher Einschulung zusätzliche pädagogische Kenntnisse erwerben. Natürlich ist es nicht möglich, alle Lehrer so auszubilden, daß sie Schüler mit allen Arten und Graden von Behinderungen unterrichten können. Zur Unterstützung wurde daher ein örtliches Beratungssystem entwickelt. Es wird von

Fortsetzung Seite 10



Mitglieder der Kommission vor dem Folketing, dem dänischen Parlamentsgebäude Schloß Christiansborg in Kopenhagen. Untere Reihe v.l.: Dr. Hans Horn (CDU), Vera Dedanwala, Ausschubvorsitzender Hans Frey (beide SPD), Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN), Bärbel Wischermann (CDU) und Andreas Reichel (F.D.P.). Hintere Reihe v.l.: Detlev Parr, F.D.P.-Fraktion, Jürgen Schaufuss (SPD), Ausschubassistent Wolfgang Kubitzky, Manfred Kuhmichel (CDU), Karl-Heinz Brülle und Herbert Heidtmann (beide SPD).

## „Stützlehrer“ ...

Fortsetzung von Seite 9

Schulpsychologen, klinischen Psychologen, Sozialberatern und pädagogischen Spezialberatern auf den verschiedensten Gebieten der Behinderungen getragen.

Einen Schwerpunkt der Studienreise bildete dazu der Besuch einer pädagogisch-psychologischen Beratungsstelle. In dieser gemeindlichen Einrichtung unterrichtete sich die Delegation auch über die Rolle und Tätigkeiten des Beratungsdienstes im lokalen Schulwesen.

Eine gemeinsame Sitzung mit dänischen Bildungspolitikern mehrerer im Folketing vertretenen Parteien in Anwesenheit eines leitenden Beamten des Unterrichtsministeriums rundete das gedrängte Informationsprogramm ab. Die dänischen Parlamentarier betonten, Ziel der Schulpolitik sei es, die Zahl der behinderten Kinder und Jugendlichen, die in Normalklassen unterrichtet werden, stetig zu erhöhen. Das Parlament habe hierfür die Rahmengesetze verabschiedet; die Gemeinden könnten deshalb eigenverantwortlich alle Entscheidungen treffen. Ein Gesetz zur Stärkung der Elternrechte sichere den hohen Stellenwert der elterlichen Mitentscheidungsbefugnis ab. Nach zehnjähriger Erfahrung mit annähernd vollständiger Integration werde gleichwohl deutlich, daß der Politik größtmöglicher Integration durch die ökonomische Entwicklung Grenzen gesetzt sind.

Trotz der zu erwartenden Einschnitte im Niveau schulischer Versorgung zeigt das Beispiel Dänemark, daß vor dem Hintergrund einer bestimmten gesellschaftlichen Bewertung von Behinderung Schule nicht zur Institution für „Ausgesonderte“ degradiert wird, sondern ein Ort erfolgreich praktizierter und selbstverständlicher Integration sein kann.

## Umgehungsstraße Münster

Der vierspürige Ausbau der B51, Umgehungsstraße Münster, sei im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in der Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ ausgewiesen. Die Gesamtmaßnahme werde aus Gründen der Praktikabilität in Abschnitten planfestgestellt, die einen eigenen Verkehrswert hätten. Nach ständiger Rechtssprechung sei diese abschnittsweise Planfeststellung grundsätzlich zulässig. Das erklärt das NRW-Verkehrsministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Gisela Nacken (Drs. 11/1689).

## Fluggastkontrolle

Abweichend von Regelungen auf Bundesebene wird in NRW zwischen den beteiligten Ministerien und den Flughafengesellschaften über eine Übertragung der Fluggastkontrollen auf eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Flughäfen verhandelt. Dies ging aus dem Bericht des Verkehrsministeriums und der Beantwortung von Fragen der Abgeordneten in der von Hans Jaax (SPD) geleiteten Arbeitsgruppe Fluggastkontrollen am 10. September hervor. Bei einer solchen Übertragung, so wurde auch mit dem Innenministerium vereinbart, habe das derzeitige Personal keine Nachteile zu befürchten.

## Zuständigkeitsvielfalt in Sachen Film beanstandet

### Einig: Stiftung Preußischer Kulturbesitz soll in bisheriger Form erhalten bleiben

*Bei der Aufnahme der Beratungen des Haushaltsentwurfs für das Jahr 1992 befaßte sich der Kulturausschuß schwerpunktmäßig mit dem Kulturretat des Kultusministeriums (Einzelplan 05), mit den insbesondere denkmalpflegebezogenen Bereichen im Einzelplan des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr (Einzelplan 15) und — erstmals im Rahmen seiner Haushaltsberatungen — auch mit den kulturrelevanten Haushaltspositionen im Etat des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (Einzelplan 02).*

Dabei flammte die vom Kulturausschuß bereits mehrfach geäußerte Kritik hinsichtlich der im Haushalt des Ministerpräsidenten etatisierten Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH und der am Parlament vorbeigehenden Kontrolle erneut auf. Für die am 25. Februar 1991 gegründete Filmstiftung, an der das Land und der Westdeutsche Rundfunk Köln je zur Hälfte als Gesellschafter beteiligt sind, sieht der 92er Entwurf einen Landeszuschuß von 15,3 Millionen Mark (+ 2,8 Millionen Mark) als Komplementärmittel zu den WDR-Mitteln in gleicher Höhe vor. Außerdem wurde die Tatsache, daß das Filmfestival Nordrhein-Westfalen in Köln (300000 Mark Zuschuß) im Haushalt des Ministerpräsidenten etatisiert ist, während der Kultusminister für die übrigen Filmfestivals verantwortlich zeichnet, von den Ausschußmitgliedern mit Unverständnis aufgenommen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, bemerkte bezüglich der Ausstattung der Filmstiftung ironisierend, es sei zu überlegen, beispielsweise den Bereich der Theaterförderung zur Sanierung in den Haushalt der Staatskanzlei zu überschreiben. Er erbat eine Übersicht über das Kontrollpersonal der Stiftung und warf die Frage auf, welche Philosophie die Landesregierung hinsichtlich der verschiedenen Zuständigkeiten bei den Filmfestivals eigentlich verfolge.

### Parlamentskontrolle

Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) teilte als Sprecherin ihrer Fraktion ebenfalls wie ihr Vorredner das Unverständnis an der fehlenden Parlamentskontrolle über die Filmstiftung. Von seiten der Filmkünstler würden Befürchtungen geäußert, daß die Stiftung auf deren Kosten getragen werde. Was die Filmfestivals anbetrifft, plädierte sie für Kontinuität in deren Förderung.

Für die Fraktion der F.D.P. appellierte Ausschußmitglied Wolfram Dorn eindringlich an den Kultusminister, seine Zuständigkeit im Kabinett mehr herauszustreichen. Das Filmfestival NRW gehöre wieder in den Etat des Kultusministers. Es sei erforderlich, sich mit der Kulturpolitik außerhalb des Kultusministeriums sehr intensiv auseinanderzusetzen. So wie bisher geschehen, könne mit dem Kulturausschuß nicht verfahren werden. Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) sah die Befürchtungen bestätigt, daß die Film-

stiftung sich auf Kosten der sonstigen Kulturfelder aufblähe.

In seinem anschließenden Bericht zur Einführung in den Kulturretat seines Hauses gab Kultusminister Hans Schwier (SPD) einen detaillierten Überblick sowohl über die im laufenden Haushaltsjahr getroffenen Maßnahmen als auch über die im nächsten Jahr vorgesehenen Förderungen. Sein Etatentwurf für 1992 sei im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß die einzelnen Titel „überrollt“ worden, das heißt unverändert geblieben seien. Dort, wo es wesentliche Erhöhungen gegeben habe, gehe es vornehmlich darum, die gestiegenen Personalkosten aufzufangen. In der zunächst allgemein gehaltenen Aussprache im Ausschuß fand das vom Kultusminister angesprochene Problem der zukünftigen Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin, an der sich das Land Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den übrigen Bundesländern überproportional mit bisher jährlich 12,5 Millionen Mark beteiligt, besondere Aufmerksamkeit.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist durch die deutsche Wiedervereinigung erheblich umfangreicher und damit zwangsläufig auch kostenaufwendiger geworden. In der Kultusministerkonferenz habe sich, so der Minister, keine Mehrheit für eine Fortführung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Stiftung öffentlichen Rechts nach Bundesrecht ergeben. Dies liege im wesentlichen an Bayern, das entgegen der Mehrzahl der alten Länder und aller neuen Länder, die eine Fortführung anstrebten, die Stiftung neu — und zwar nach Berliner Landesrecht — formulieren wolle. Nun habe die Konferenz der Regierungschefs über die Frage der Fortführung zu befinden.

Dr. Gerritz (SPD) konstatierte übereinstimmendes Interesse im Kulturausschuß, diese Stiftung wie auch immer zu erhalten, wobei Nordrhein-Westfalen allerdings stärker nach dem Prinzip des Interessenausgleichs behandelt werden müsse. Es sei erforderlich, hierzu ein entsprechendes Votum des Ausschusses an den Kultusminister abzugeben. Als „tragisch“ wurde die Feststellung des Kultusministers bewertet, daß der 1992er Ansatz für die Zuweisungen an kommunale Theater erstmals seit der auf Initiative des Kulturausschusses getroffenen einstimmigen Entschließung des Landtags vom Jahre 1984 nicht mehr die jährliche Erhöhung um 1,2 Millionen Mark vorsieht.

### Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustin Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 14. November 1991, um 9 Uhr im Raum E3 Z04 des Landtagsgebäudes statt.

„Solange ich mich erinnern kann, geht die Debatte um die Doppelspitze“, stellte Staatsministerin a.D. Inge Donnepp als Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen bei einer Versammlung der Ex-Parlamentarier fest, bei der Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) Gedanken zur Kommunalen Verfassungsreform äußerte. Der Innenminister bezeichnete die heute gehandhabte Doppelspitze mit Bürgermeister und Hauptgemeindefachbeamten bei Kommunalpolitikern als umstritten. Widerstände seien bei SPD und CDU gut verteilt. Die sogenannte Doppelspitze bringe Kompetenzkonflikte. Bürgerinnen und Bürger empfänden den Bürgermeister als Zuständigen für das Wohl und Wehe der Gemeinde. Schnoor befürwortete die „klare Regelung“, daß Verwaltung unter politischer Kontrolle stattfinde. „Ich möchte gerne, daß der Bürgermeister befugt ist, die Verwaltung anzuweisen.“ Der Bürgermeister solle Weisungsrecht haben wie in anderen Ländern auch. Persönlich sage er „55 zu 45 von Hundert“ Ja zur Direktwahl des Bürgermeisters durch die Bürger, meinte der Minister und sah sich selbst dabei konträr zur Auffassung von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD). Zur Diskussionslage in der SPD erläuterte Schnoor, die Bezirke Ostwestfalen und Mittelrhein sagten eindeutig Ja zur Reform. In den Bezirken Westliches Westfalen und Niederrhein sei die Lage sehr differenziert. Insbesondere gebe es kein Ja zur Abschaffung der Doppelspitze. Das Bild zeigt v.l. den Minister, Frau Donnepp und den Ex-Abgeordneten Rudi Bahr.

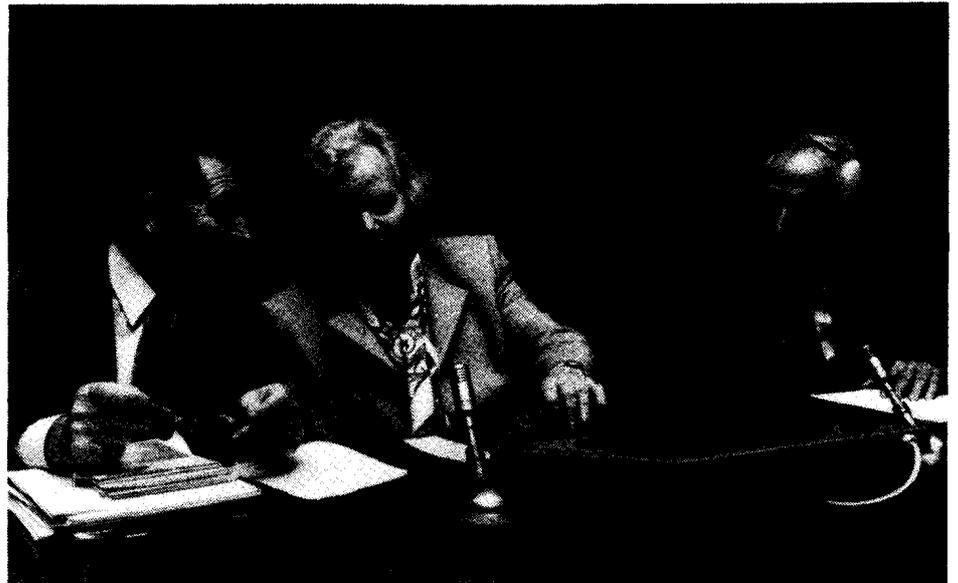
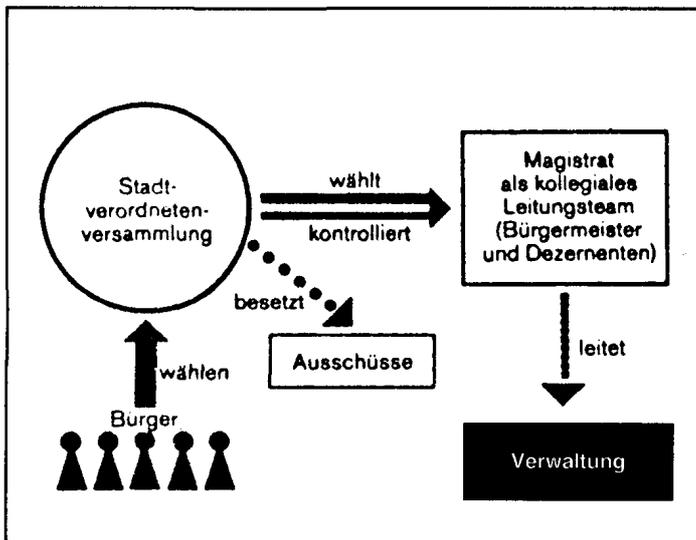


Foto: Schüler

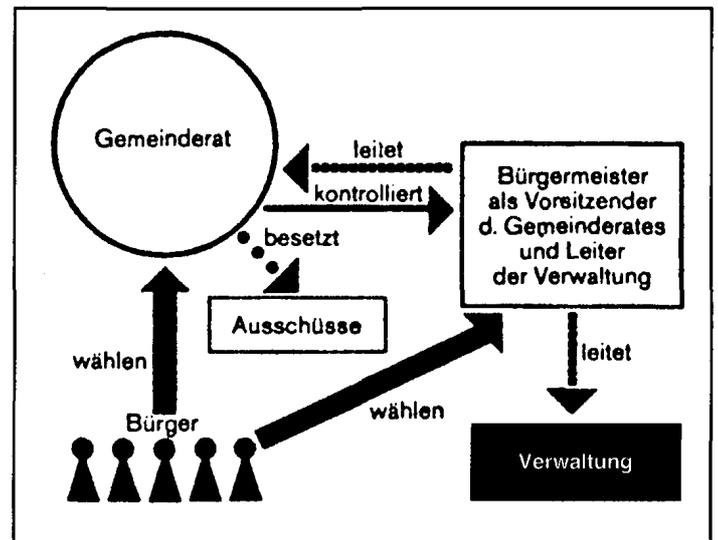
## Ausschuß-Diskussion über Kommunalverfassung in anderen Bundesländern

Zur Vorbereitung auf die bevorstehende Reform der Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen hat der Ausschuß für Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von Dr. Jörg Twenhöven (CDU) nach Schleswig-Holstein nun zwei weitere Bundesländer besucht, um sich vor Ort über die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Kommunalverfassungen in anderen Bundesländern zu informieren und die Vor- und Nachteile zu den in Nordrhein-Westfalen gültigen und beabsichtigten Regelungen kennenzulernen. Mit der hessischen Magistratsverfassung, die eine Wahl des Magistrats durch die Stadtverordnetenversammlung als Vertretung der Bürgerschaft vorsieht, hat sich der Ausschuß in Gießen an der Lahn vertraut gemacht. Anschließend hat er in Ludwigsburg am Neckar die süddeutsche Ratsverfassung kennengelernt, die vorsieht, daß Gemeinderat und Bürgermeister direkt von den Bürgern gewählt werden.

### 1. Magistratsverfassung



### 3. Süddeutsche Ratsverfassung



In Ludwigsburg am Neckar tauschten die Mitglieder des Kommunalausschusses des NRW-Landtags (Vorsitzender Dr. Jörg Twenhöven 4. v.l.) Erfahrungen mit Oberbürgermeister Hans Jochen Henke (r. daneben) und Experten der Landesregierung aus. Foto: Heide Schmidt

# Petitionsausschuß: Mitgefühl belohnen! 1800-Mark-Pauschale für Pflegeleistung nur bei Angehörigen abzugsfähig

Der Petitionsausschuß mußte kürzlich mit Bedauern feststellen, daß Hilfe und Pflege, die gegenüber Mitmenschen auf freiwilliger Basis erfolgen, steuerlich nicht belohnt werden.



Auch außergewöhnliche Hilfeleistungen werden steuerlich nicht berücksichtigt, wenn keine Verpflichtung dazu besteht, vielmehr „nur“ Mitgefühl sie ausgelöst hat. Foto: Peter Wirtz

Ein besonderer Steuerfreibetrag — der sogenannte Pflegepauschbetrag gemäß § 33b Absatz 6 des Einkommensteuergesetzes in Höhe von 1 800 Mark — kann nur vom Einkommen abgezogen werden, wenn eine Verpflichtung zur Pflege besteht.

Hintergrund der Petition war, daß ein an Multiple Sklerose erkrankter und pflegebedürftiger Bürger der ehemaligen DDR noch vor der Öffnung der Grenzen seine im Bundesgebiet lebende Mutter besuchen wollte. Er mußte hier feststellen, daß seine Mutter inzwischen in einem Altersheim untergebracht worden war und ihn somit nicht aufnehmen konnte.

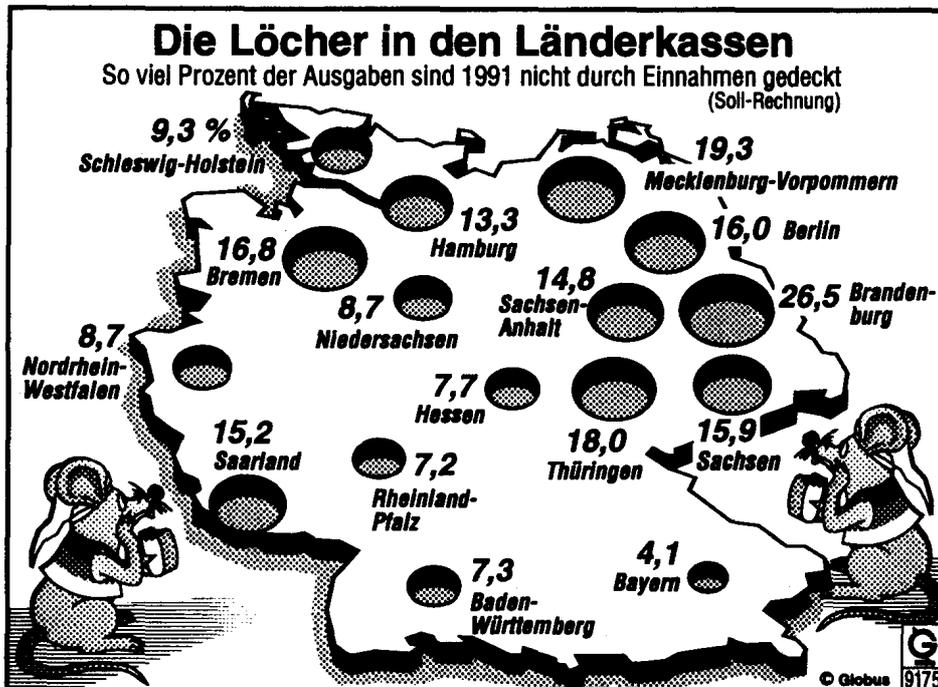
Als er während des Besuchs selbst stationär in einem Krankenhaus behandelt werden mußte, lernte er dort den Petenten, der als Pfleger im Krankenhaus beschäftigt war, kennen. Der Petent versprach, den Erkrankten bei einer Übersiedlung in das Bundesgebiet privat zu pflegen, weil keine andere Pflegeperson zur Verfügung stände.

Der Petitionsausschuß konnte feststellen, daß der Petent und seine Frau nach der Übersiedlung den Erkrankten regelmäßig pflegten. Zuerst nahmen sie ihn zwei Monate lang in ihrer eigenen Wohnung auf, dann waren sie bei der Suche nach einer eigenen behindertengerechten Wohnung erfolgreich.

Selbst nach Durchführung eines Anhörungstermins nach Artikel 41 a der Landesverfassung, den Abgeordneter Franz-Josef Pangels (CDU) durchführte, konnte der gerechte Lohn für die außergewöhnliche und sehr anerkennenswerte Bereitschaft des Petenten und seiner Ehefrau zur Hilfeleistung, die in unserer Gesellschaft leider viel zu kurz kommt, in Form des steuerlichen Pflegepauschbetrages nicht gewährt werden.

Voraussetzung für den Abzug eines Pflegepauschbetrages ist nämlich, daß eine Zwangsläufigkeit zur Hilfeleistung vorliegen muß, daß heißt, daß der Pfleger sich aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen einer solchen Hilfeleistung nicht entziehen kann. Das ist regelmäßig nur bei Angehörigen der Fall.

Der Petitionsausschuß empfindet es als ungerecht, daß nur derjenige den besagten Pauschbetrag erhalten kann, der zur Hilfeleistung verpflichtet ist, nicht aber derjenige, der aus Mitgefühl seinen Mitmenschen gegenüber Hilfe leistet. Der Petitionsausschuß wird eine Änderung der Steuergesetzgebung anregen.



## Haushaltsausschuß zu Länderfinanz-Ausgleich

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 17. Oktober wurde der SPD-Antrag für „ein neues Gleichgewicht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung“ (Drs. 11/2441) gegen die CDU-Stimmen und die GRÜNEN-Fraktion bei Abwesenheit der F.D.P. angenommen.

Für die SPD plädierte Reinhold Trinius für die Erhöhung des Länderanteils am Umsatzsteuer-Aufkommen und die Beteiligung

der Länder und Gemeinden an der Mineralölsteuer. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt eine einseitige Umverteilung zu Lasten

des Bundes für unrealistisch und regte Umweltabgaben als eigenständige Landeseinnahmen an. Hartmut Schauerte und Peter Bensmann (CDU) unterstützten das Antragsanliegen im Grundsatz. Parteipolitische Einzelforderungen seien jedoch eher hinderlich. Bei einer Analyse der Aufgaben und Einteilung ihrer Finanzierung müßten die Gemeinden deutlich einbezogen werden.

Gegen den von der CDU vorgeschlagenen konstruktiven Dialog über einen neuen bundesstaatlichen Finanzausgleich nach Verabschiedung des Landeshaushalts wies die SPD auf das Steueränderungsgesetz 1992 des Bundes hin, das am 9./10. Dezember im Vermittlungsausschuß des Bundesrates behandelt werde. Der NRW-Landtag solle seine Meinung dazu vorher äußern.

## Schweden: Ambulante Hilfe verhindert soziale Isolation

*Eine Delegation des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat Ende September kurz nach den dortigen Reichstagswahlen Schweden besucht (wir berichteten). — In dieser Ausgabe folgt der zweite Teil, der sich vor allem mit der Altenpolitik im nördlichen Nachbarland beschäftigt.*

Ein Kennzeichen der schwedischen Berufsausbildung ist die Tatsache, daß nach einer Schulausbildung, in der auch berufsbildende Inhalte eine bedeutende Rolle spielen, die berufliche Ausbildung nicht gleichermaßen in Ausbildungsordnungen durchorganisiert ist, wie dies in der Bundesrepublik der Fall ist. Berufliche Ausbildung erfolgt nicht im dualen System, sondern ist eher in Anlehnung an Konzepte des Kollegschulsystems oder der überbetrieblichen Ausbildung organisiert.

Im schwedischen außerschulischen Berufsbildungssystem stellt „AMU“ (siehe oben) das größte Ausbildungsunternehmen dar. Seit seiner Gründung im Jahre 1946 zunächst steuerfinanziert, muß das Unternehmen sich seit 1986 als Wettbewerber auf dem Aus- und Fortbildungsmarkt behaupten. In der am Rand des Mälarsees gelegenen Stadt Eskilstuna hatte die Kommission Gelegenheit, den AMU-Betrieb zu besuchen, der für die Region Södermanland zuständig ist. In 50 unterschiedlichen Berufssparten können hier die ausschließlich erwachsenen Kursteilnehmer Aus- und Fortbildung erhalten, die überwiegend von der öffentlichen Hand (für Arbeitslose) oder von Unternehmen (für bei ihnen Beschäftigte) „gekauft“ wird. Die Arbeitsweise mit Ausbildungsbausteinen — so gliedert sich die Ausbildung zum Bautischler in 40 solcher Bausteine — ermöglicht es, das jeweilige Ausbildungsangebot sowohl auf den Qualifikationsbedarf des Arbeitgebers wie auf die individuellen Voraussetzungen des zu qualifizierenden Arbeitnehmers zuzuschneiden. So braucht die Hälfte der Kursteilnehmer aufgrund von Vorerfahrungen und -kenntnissen nicht alle Ausbildungsabschnitte im jeweiligen Berufsfeld zu durchlaufen. Im Durchschnitt der letzten Jahre teilten sich die Kursteilnehmer zu 1/3 in Arbeitsplatzinhaber und zu 2/3 in Arbeitslose auf.

Schwerpunktthema beim Besuch im Sozialministerium war die Altenpolitik im Lande. Zur Zeit sind mit rund 1,5 Millionen Schweden etwa 18 Prozent der schwedischen Gesamtbevölkerung von 8,5 Millionen älter als 65 Jahre. Bis zum Jahr 2000 wird ihr Anteil weiter auf mehr als ein Fünftel steigen. Die schwedische Altenpolitik der letzten Jahre war von den Bemühungen getragen, den längstmöglichen Verbleib alter Menschen in der eigenen Wohnung durch entsprechende Hilfen bei der Wohnungseinrichtung und durch ambulante Hilfsangebote sicherzustellen. Im stationären Bereich liegen die größten Probleme bei der Versorgung alter Menschen. Der Mangel an stationären Einrichtungen hat dazu geführt, daß sich ein großer Teil der Krankenhauspatienten aus alten Menschen zusammensetzt, die eigentlich in einem Pflegeheim versorgt werden müßten. Die ambulante Altenhilfe ist



Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Oktober die Ausstellung „Davidstern — Zeichen der Schmach, Symbol der Hoffnung“ in Marl eröffnet. Anlaß der Ausstellung war der 50. Jahrestag der Kennzeichnungspflicht jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger durch das nationalsozialistische System. Der Bürgermeister der Stadt Marl und ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Hentschel führte durch die Ausstellung, die durch eine einmalige Sammlung von Bild- und Texttafeln sowie Exponaten die Geschichte des Davidsterns von der Antike bis zur heutigen Zeit wissenschaftlich aufarbeitet und dokumentiert. Die Ausstellung wird auch in anderen Städten gezeigt werden. Während des Ausstellungsbesuchs informierte der WDR-Redakteur Hajo Jahn auch über die Projekte der Elise-Lasker-Schüler-Gesellschaft Wuppertal. Ziel dieser kürzlich gegründeten Gesellschaft ist es, das literarische Werk der während der Nazizeit verfolgten Schriftstellerin als einen wichtigen Beitrag zur deutsch-jüdischen Kultur lebendig zu erhalten. Das Bild zeigt v.l.n.r.: Klaus Peter Lauche (Stadt Marl), Heinrich A. Große-Sender (Direktor beim nordrhein-westfälischen Landtag), Hajo Jahn, Lothar Hentschel, Dr. Gerbern S. Oegma (Dokumentationszentrum für jüdische Geschichte und Religion, Dorsten), Ulrich Schmidt sowie Manfred Degen (SPD-Landtagsabgeordneter).  
Foto: Kadoch

demgegenüber als vorbildlich zu bezeichnen. Rund 95 Prozent aller älteren Menschen leben zu Hause, rund 20 Prozent sind Nutzer ambulanter Dienste. Insgesamt sind in Schweden zur Zeit rund 95 000 Pflegekräfte in der ambulanten, offenen Arbeit mit Alten tätig. Während noch bis 1990 im Pflegebereich Arbeitskräftemangel herrschte, hat sich dies seit der Krise der schwedischen Wirtschaft und dem damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich geändert. Allerdings wird die Finanzierung der Altenpflege in Schweden zunehmend schwierig. Machten 1970 die Kosten für die Altenpflege rund 40 aller Krankenkosten aus, so ist dieser Kostenanteil mittlerweile auf etwa 60 Prozent angestiegen.

Vom hohen Qualitätsstandard schwedischer Altenpolitik konnte sich die Kommission bei einem Besuch in der nahe Stockholm gelegenen Gemeinde Nacka überzeugen. In einem Neubaustadtteil haben die Gemeinde Nacka und eine Wohnungsgenossenschaft einen von insgesamt 13 „Wohnhöfen“ für ältere Bewohner eingerichtet. In diesem „Wohnhof“ leben zur Zeit 41 Männer und Frauen, die beim Einzug älter als 55 Jahre sein mußten. Sieben Pflegekräfte, die gemeinsam von der Gemeinde und von der Wohnungsgenossenschaft finanziert werden, sorgen rund um die Uhr dafür, daß den Senioren die Arbeiten abgenommen oder erleichtert werden, die sie allein nicht mehr verrichten können. Bei sehr eindrucksvollen Gesprächen mit alten Leuten in ihren altersgerecht eingerichteten Wohnungen konnten sich die Kommissionsmitglieder davon überzeugen, daß nicht nur das in Nacka praktizierte Konzept von ambulanter Pflege die längstmögliche Selbständigkeit der alten Menschen sichert, sondern daß auch die Vielzahl von geselligen, sportlichen und kul-

turellen Angeboten das Leben im Alter erheblich bereichert, das Zusammenleben der Generationen fördert und somit Vereinigung und Isolation entgegenwirkt.

Im Rahmen des Besuchsprogramms der Kommission standen an einem Tag Themen der Gesundheitspolitik im Vordergrund. Auf Einladung der schwedischen Siemens-Tochter „Siemens-Elerna“ wurde die Kommission ausführlich über den derzeitigen Entwicklungsstand im Bereich der Herzschrittmacher und der lebenserhaltenden Beatmungssysteme für Schwerstkranke unterrichtet. Von besonderem Interesse für die Kommissionsmitglieder war dabei die Möglichkeit, Einblick in ein aktuelles Entwicklungsprojekt der auf dem Weltmarkt für medizinische Geräte zu den führenden Anbietern zählenden Firmen zu nehmen. Vorgestellt wurde eine implantierbare Insulin-Pumpe, die nach jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit nunmehr kurz vor dem ersten Einsatz in der medizinischen Erprobung steht. Mit dieser Insulin-Pumpe, die per Injektion in Abständen von mehreren Tagen nachgefüllt werden kann, soll zuckerkranken Menschen eine regelmäßige und damit besonders schonende Insulinzufuhr ermöglicht werden.

Bei einem das Besuchsprogramm abschließenden Empfang durch den deutschen Botschafter in Schweden, Dr. Reinhard Schenck, fand die Feststellung des Ausschußvorsitzenden Bodo Champignon allgemeine Zustimmung, er sei sicher, daß die Erfahrungen, die die Kommission bei ihren in enger Zusammenarbeit mit dem Schweden-Institut organisierten Aufenthalt sammeln konnte, in die entsprechenden fachpolitischen Erörterungen nordrhein-westfälischer Vorhaben gewinnbringend einfließen werden.

## Landesjugendplan: Neuorientierung zusammen mit den Trägern angestrebt

„Die Politik für Kinder, Jugendliche und Familien hat seit Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen.“ Mit dieser Feststellung leitete Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) seine Einführung in den Haushaltsentwurf des Einzelplans 07 – Sachbereiche Kinder, Jugend und Familie – ein, die den Schwerpunkt der 18. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 10. Oktober unter Leitung des Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) darstellte.

Die zunehmende Bedeutung der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, so Dr. Bodenbender, liege in den veränderten Lebensverhältnissen und in den neuen sozialen Kompetenzen gegründet, die Kindern und Jugendlichen abverlangt würden. Auf die erhöhten Anforderungen reagiere die Landespolitik für Familien und Kinder mit folgenden Schwerpunkten:

- Zur Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder und vor dem Hintergrund der Zielsetzung, im Rahmen des Ausbauprogramms bis 1995 eine 90prozentige Versorgung zu verwirklichen, sehe der Haushaltsplanentwurf Mittel von mehr als 875, davon rund 740 Millionen Mark für Betriebskostenzuschüsse, vor.

- Im Hinblick auf die Regelung der Tagespflege würden Leitlinien gemeinsam mit den Beteiligten diskutiert; vor einer endgültigen Festschreibung sollen die Leitlinien in der Praxis über eine Dauer von zwei Jahren erprobt werden.

- Die Veränderungen der gesellschaftlichen und individuellen Lebensverhältnisse

fürten zu einem steigenden Bedarf an psychosozialer Betreuung. Es gelte daher, daß Netz der Erziehungs-, Ehe- und Lebens-, und Frauenberatungsstellen auszubauen.

- Die Angebote der Familienbildungsstätten richteten sich stärker auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem bezogen auf Maßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase.

- Im Bereich der Familienerholung soll durch eine Erhöhung der Förderansätze insbesondere ärmeren Familien ein Erholungsurlaub ermöglicht werden.

- Im Rahmen der Politik für Kinder sei durch Bestellung des Kinderbeauftragten, der eine Querschnittsaufgabe wahrnehme, die alle Kinderinteressen berührenden Aufgabebereiche umfasse, ein Zeichen gesetzt worden.

Beim Politikschwerpunkt „Jugendhilfe“ stehen die Verbesserung des Jugendschutzes, der Ausbau der erzieherischen Jugendhilfe sowie die Verstärkung der Investitionshilfen für Heime im Vordergrund.

Was die offene Jugendarbeit angehe, trüge der Eindruck, daß Jugendliche die Angebote der Träger der Jugendarbeit meiden und statt dessen die kommerziell betriebenen Freizeitangebote bevorzugten. Der Stellenwert einer offensiven Kinder- und Jugendpolitik habe dadurch nicht an Bedeutung verloren, sondern eher noch gewonnen. Im Rahmen eines Neuorientierungsprozesses gelte es, die Herausforderungen aufzugreifen und die Angebote bedarfsgerecht auszuweiten. Die Landesregierung werde deshalb gemeinsam mit den Trägern der Jugendarbeit die Inhalte und Förderbereiche des Landesjugendplanes, für den im Haushaltsplanentwurf Mittel in Höhe von 191,4 Millionen Mark vorgesehen seien, überprüfen. Folgende Aspekte stünden bei der Weiterentwicklung und Intensivierung der Kinder- und Jugendförderung im Vordergrund:

- Unterstützung des sozialen Engagements von Kindern und Jugendlichen,

- Entwicklung neuer Fertigkeiten und Fähigkeiten im Umgang mit dem Alltag,
- Schaffung erweiterter Begegnungsfelder im Rahmen der offenen Jugendarbeit, aber auch durch die Kooperation von Schule und Jugendarbeit,

- spezifische Formen emanzipativer Mädchenförderung sowie

- sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf.

Insgesamt sehe der Haushaltsplanentwurf für 1992 für den Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik einen Ansatz in Höhe von rund 1,3 Milliarden Mark vor; unter Berücksichtigung der Zurückverlagerung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen in den allgemeinen Steuererwerb sei dies gegenüber 1991 eine Erhöhung des Mittelansatzes um rund 50 Millionen Mark oder vier Prozent.

In der Diskussion gab Antonius Rösenberg, Sprecher der CDU-Fraktion, zu bedenken, ob die veranschlagten Mittel der Behauptung „die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik stehe im Vordergrund“ gerecht werde; schließlich stelle der Ansatz von 1,3 Milliarden Mark für diesen Bereich lediglich einen Anteil von 1,8 Prozent des Gesamthaushalts dar. Er plädierte nachdrücklich dafür, auch bei begrenzten Haushaltsmitteln Prioritäten im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zu setzen und die finanziellen Grenzen nicht nur im Ausschluß, sondern auch „nach außen“, insbesondere gegenüber den Interessenvertretungen deutlich zu machen. Rösenberg forderte, frühzeitig den Ausschluß in die Beratung über neue Strukturen einzubeziehen.

Beate Scheffler, Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, kritisierte ebenfalls, daß die Tarifierhöhungen noch immer nicht in vollem Umfang berücksichtigt würden. Es sei zwar verständlich, daß angesichts der Finanzsituation „keine großen Sprünge“ möglich seien, es sei aber nicht nachzuvollziehen, daß Tarifierhöhungen für Beschäftigte der Landesregierung selbstverständlich seien, bei den Beschäftigten in der öffentlichen Jugendarbeit hingegen nicht voll berücksichtigt würden. Was die Umstrukturierung des Landesjugendplanes angehe, sei ihrer Auffassung nach ein zügiges Vorgehen notwendig, um nicht „vor Ort“ einer weiteren Verunsicherung Vorschub zu leisten.

Die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Ruth Wittler-Koch, begrüßte die „neue Offenheit“ in der Darstellung, die ihrer Auffassung nach eine sehr realistische Einschätzung der zu erwartenden Schwierigkeiten und der zukünftigen Prioritätensetzung geliefert habe. Sie habe neue Hoffnung, „daß die Landesregierung doch noch bereit sei, den Tatsachen etwas mehr ins Auge zu sehen“. Nachdem die Debatte zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder sehr polemisch geführt worden sei, wünsche sie sich nun eine gemeinsame und angemessene Diskussion der Finanzierung des Ausbauprogramms.

Heinz Hilgers, Sprecher der SPD-Fraktion, forderte im Hinblick auf das beschlossene Ausbauprogramm für Tageseinrichtungen für Kinder eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf, in der insbesondere auch die Ansätze für die Betreuung der unter Dreijährigen und der Kinder in Horten angepaßt werden. Was die Umstrukturierung der Förderung der öffentlichen Jugendarbeit angehe, so sehe auch er derzeit eine Verunsicherung „vor Ort“.



Die vom Land Nordrhein-Westfalen getragene Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf hat das 25jährige Bestehen ihrer Bibliothek mit Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe als Festrednerin begangen. In ihrer Festansprache unterstrich die Präsidentin: „Diese Bibliothek hat den Menschen ein Stück Heimat nähergebracht. Im Vordergrund steht immer der Gedanke des Brückenschlages.“ Den Bürgern seien über die Literatur ostdeutsche Kultur und Geschichte vermittelt worden. Dies seien Aufgaben, die es auch in Zukunft zu unterstützen gelte. Die Feierstunde hatte der Staatsminister a. D. und ehemalige Landtagsabgeordnete Konrad Grundmann, Vorsitzender des Stiftungsvorstandes, eröffnet. Grundmann wies auf die besonders aktuelle Funktion der Stiftung beim Aufbau der Ost- und Westbeziehungen des Landes NRW hin. Die Bibliothek umfaßt inzwischen 50 000 Bände. Das Bild zeigt v.l.n.r.: Richard Günzel, Erster Bibliothekar, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Barbara Hofmann, Leiterin der Bibliothek, Konrad Grundmann, Vorstandsvorsitzender sowie Dr. Walter Engel, Direktor des Hauses.  
Foto: von Berg-Harder

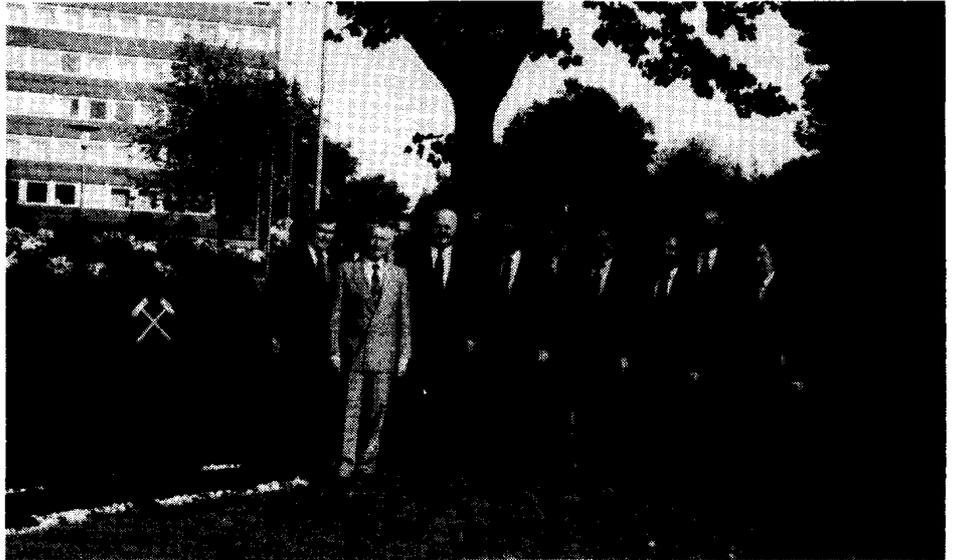
Am 11. Oktober tagte der Ausschuß für Grubensicherheit anläßlich seiner 8. Sitzung bei der Deutschen Montan-Technologie für Rohstoff, Energie, Umwelt (DMT) in Essen. Nach der Sitzungseröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Helmut Marmulla (SPD) erläuterte Dr. Eduard Hamm als Sprecher der DMT-Geschäftsführung, der gleichzeitig auch als von der Wirtschaftsvereinigung Bergbau bekannter Sachverständiger den Ausschuß unterstützt, Organisation, Aufgaben und Forschungsschwerpunkte der DMT.

In Fortführung der langen Tradition der bergbaueigenen Forschungs-, Prüfungs- und Ausbildungseinrichtungen, wie der Versuchsgrube Tremonia, der Bergbauversuchsstrecke, der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und der Bergbauforschung ist die DMT am 1. Januar 1990 aus dem Zusammenschluß dieser Institutionen hervorgegangen. Da der Steinkohlenbergbau selbst seit Jahren eine Phase der Kapazitätsanpassung und der Betriebskonzentration durchläuft, war auch eine Neuordnung der technisch-wissenschaftlichen Gemeinschaftsorganisationen naheliegend. Dr. Hamm: „Die zahlreichen technologischen Fortschritte im Bergbau sowie die zunehmenden Erfolge bei der Vermarktung dieses Wissens und Könnens in anderen Wirtschaftszweigen dokumentieren, daß die Gründung der DMT ein richtiger Schritt war.“ Heute unterhält die DMT im Geschäftsbe- reich „Forschung und Prüfung“ 14 Fachinstitute, die wegen des qualifizierten Personals und der guten technischen Ausstattung in der Lage sind, in den Sparten Technik und Arbeitssicherheit sowie Rohstoffe und Umwelt sowohl Grundlagenforschung zu betreiben als auch Problemlösungen bei speziellen Fragestellungen, nicht nur des Bergbaus, sondern auch anderer Auftraggeber, zu erarbeiten. Den DMT-Instituten sind Fachstellen für Sicherheit zugeordnet, die unter Aufsicht des von der öffentlichen Hand mehrheitlich besetzten Ausschusses für Sicherheit als erkannte neutrale Stellen prüfen, untersuchen und begutachten. Im Geschäftsbereich „Lehre und Bildung“ ist die DMT Träger der Bergberufs- und Bergfachscho- len, der Fachhochschule Bergbau und des Institutes für Unternehmensführung und Fortbildung im Bergbau. Der wohl bekannteste Ableger der DMT ist in Bochum das Deutsche Bergbaumuseum.

### Eurotunnel zentimetergenau

Angesichts abzusehender Kürzungen bei den Zuschüssen der öffentlichen Hand (Bund, Land und EG) und rückläufiger Beiträge der Mitgliedsunternehmen ist die DMT immer stärker auf die weitere Vermarktung ihres Know-how und des eigenen Leistungsangebotes auch außerhalb des deutschen Steinkohlenbergbaus angewiesen, wenn die Leistungsfähigkeit erhalten werden soll. Spektakuläre Einsätze der DMT in diesem Sinne waren die Übernahme der Vermessungsarbeiten bei der Auffahrung des Eurotunnels zwischen Frankreich und Großbritannien mit einem selbstentwickelten Vermessungskreislauf, wobei sich die von beiden Seiten aufgefahrene Tunnelröhren zentimetergenau getroffen haben sowie ein Konzept für die Anhebung des Schiefen Turms von Pisa, das die italienische Regierung in Auftrag gegeben hatte.

## Grubenausschuß besuchte Montan-Technologie High-Tech — nicht nur für den Bergbau



„Wissen, das aus der Tiefe kommt“ ist Motto der Deutschen Montan-Technologie für Rohstoff, Energie, Umwelt in Essen, der der Ausschuß für Grubensicherheit unter Leitung seines Vorsitzenden Helmut Marmulla (SPD, 4. v. l.) einen Besuch abstattete. Foto: DMT

Weitere Programmpunkte der Ausschußsitzung waren Vorträge der Leiter einiger Fachinstitute der DMT über die aktuellen Forschungsschwerpunkte auf den Gebieten des untertägigen Explosionsschutzes sowie der Bekämpfung von Gasausbrüchen und Gebirgsschlägen im Steinkohlenbergbau, die von den Abgeordneten, die teilweise selbst gute Fachkenntnisse aus ihrer ehemaligen Tätigkeit im Bergbau haben, mit großem Interesse aufgenommen wurden.

Vorsitzender Marmulla (SPD) würdigte abschließend die hervorragenden Leistungen der DMT und ihrer Vorgängerorganisationen auf dem weiten Feld der Grubensicherheit und ermutigte die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der DMT, trotz der verständlichen Notwendigkeit der Übernahme bergbaufremder Aufgaben weiterhin nachdrücklich und an erster Stelle für die Verbesserung der Arbeitssicherheit der Bergleute zu arbeiten.

## Ilse Ridder stellte Haushaltsentwurf vor 18 Millionen Mark für Frauenförderung

Über die in der Regierungserklärung festgeschriebenen Schwerpunkte hinaus seien im Haushaltsjahr 1992 mit Rücksicht auf die enormen finanzpolitischen Herausforderungen keine kostenwirksamen Maßnahmen möglich. Mit dieser Feststellung leitete die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, die Einführung in ihren Etat-Entwurf für 1992 ein, der im Mittelpunkt der von der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 18. Oktober 1991 stand.

Mit einem Ansatz von rund 17,84 Mio. Mark sehe der Entwurf des Einzelplans 11 gegenüber 1991 — bei einer Steigerungsrate des Gesamthaushalts von 3,5 Prozent — eine Steigerung um 4,6 Prozent vor. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit sei weiterhin die wichtigste Voraussetzung für eine berufliche Förderung von Frauen. Vor diesem Hintergrund sehe der Einzelplan 11 folgende Arbeitsschwerpunkte vor: Mit einem Gutachten „Gleichstellungspolitische Interessen in der Strukturpolitik“ soll die Situation von Frauen in verschiedenen Regionen analysiert werden, um daraus Ansatzpunkte für regionale Entwicklungskonzepte entwickeln zu können. Im Modellversuch „Personalpool“ sollen insbesondere kleine und mittlere Betriebe mit Unterstützung von Kammern Möglichkeiten erproben, wie durch den Einsatz von qualifizierten Ersatzkräften familienbedingte Ausfallzeiten besser überbrückt werden können. Der mit 20000 Mark dotierte Landeswettbewerb „Frauenfreundlicher Betrieb“; aktuel-

les Motto: „Frauenfreundliche Arbeitszeiten“, wird 1992 erneut ausgeschrieben. Vergabe eines Gutachtens „Meisterinnen“ mit dem Ziel der empirischen Bestandsaufnahme und der Analyse von Hemmnissen; Anlaß für dieses Gutachten sei die geringe Zahl der Meisterinnen (3%), die in keinem Verhältnis zu den Ausbildungsabschlüssen von jungen Frauen, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich, stehe. Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen, z. B. das in der Federführung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales liegende Landes-Wiedereingliederungsprogramm oder das Modellprojekt „Beratungsangebote und -einrichtungen für Berufsrückkehrerinnen unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes“, als Bestandteil des Sonderprogramms des Bundes zur Wiedereingliederung. Die Regionalstellen „Frau und Beruf“ beraten Frauen, Betriebe und Weiterbildungseinrichtungen in frauenspezifischen Fragen  
Fortsetzung nächste Seite

## Ausschuß für Frauenpolitik in Brüssel II

# 134 Millionen für Frauenförderung stehen im EG-Sozialfonds bereit

*Der Wirtschafts- und der Arbeitsminister müßten dafür sorgen, daß aus dem EG-Sozialfonds von den 134 Millionen Mark für die Frauenförderung in diesem Jahr Mitteleinsätze nach NRW abgerufen würden. Das erfuhr der Ausschuß für Frauenpolitik bei der EG-Generaldirektion in Brüssel anlässlich seines Besuches bei der Europäischen Gemeinschaft (siehe auch vorige Ausgabe).*

Dr. Strohmeier, Mitarbeiter im Kabinett „Haushalt- und Finanzkontrolle“ des deutschen EG-Kommissars Peter Schmidhuber, hielt die politische Einigung per 31. Dezember 1992 deshalb für möglich, weil das größte Problem, die Steuerharmonisierung, inzwischen gelöst sei. Auch Integrationsprobleme seien nicht unüberwindlich. Im übrigen seien nach seiner Überzeugung die Auswirkungen des Binnenmarktes nicht geschlechtsspezifisch, zögen aber Auswirkungen auf soziale Schichten mit sich. Langfristig gehe er davon aus, daß die Binnenmarktentwicklung zu einer Senkung der Arbeitslosenquote führt. Er erläuterte aus Sicht des Haushaltsexperten die verschiedenen Aktionsprogramme und Initiativen zur Chancengleichheit, wobei er einräumte, daß es spezielle Programme im Bereich Frauenpolitik in bezug auf den Binnenmarkt nicht gebe. Die EG warte allerdings auf konkrete effektive Vorschläge und transnationale Initiativen mit dem Ziel der Chancengleichheit in Beruf und beruflicher Bildung, speziell für Frauen in strukturschwachen Regionen. Er zeigte auf, daß die Kompetenz der Gemeinschaft im Bereich „Soziales und Kultur“ kaum vorhanden sei, gleichwohl sei bei einer Vielzahl von Problemen die EG gefordert. Die EG würde sich einem Ruf nicht verschließen, die Nationalstaaten müßten allerdings auch bereit sein, dann der damit verbundenen Machtverlagerung zuzustimmen. Was die Umsetzung der Programme zur Verbesserung der Situation der Frau angehe, seien Mittel nur sehr beschränkt und verbindliche Regelungen der EG kaum vorhanden.

Hilde Albertini (Generaldirektion ... Kultur) erläuterte die Zusammensetzung und Aufgaben des beratenden Ausschusses für die Chancengleichheit von Frauen, dem auch zwei weibliche Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland angehören. Die

europäische Frauenlobby auf EG-Ebene repräsentiere die nationalen Frauenverbände und rekrutiere sich aus vier Mitgliedern pro Land, erläuterte Frau Albertini. Sie ging in ihrem Aufsatz auch auf die verschiedenen Initiativen der Frauenlobby ein und erläuterte sodann die Initiativen des Ausschusses für die Rechte der Frau in der EG. Ihre Generaldirektion, derzeit mit nur drei Frauen völlig unterbesetzt, habe verschiedene Meinungsumfragen initiiert und dabei festgestellt, daß etwa bei der Kinderbetreuung nach wie vor ein Defizit bestehe für Kinder unter drei Jahren. In Meinungsumfragen werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer mehr akzeptiert und das Vertrauen in die Politik nehme weiter zu. Was den Frauenanteil in den jeweiligen Parlamenten angehe, sei die Repräsentanz je nach Sachgebiet sehr unterschiedlich. Erfreulich sei in jedem Fall die steigende Bedeutung des Ausschusses für Frauenpolitik, dessen Stellungnahmen gewünscht und gefordert würden. Angeregt wurde, die bereits bestehenden Euroinfo-Zentren stärker mit Materialien aus dem Frauenbereich auszustatten. Im weiteren Vortrag erläuterte ein Mitarbeiter aus der Generaldirektion, die sich insbesondere um die sozialen Angelegenheiten kümmern soll, die Fördermöglichkeiten von beruflicher Bildung und Beschäftigung durch den EG-Sozialfonds: Ziele und Prinzipien des Sozialfonds, die Möglichkeiten der Berücksichtigung spezifischer Frauenprobleme und die quantitative Bedeutung des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Nordrhein-Westfalen. Er gab konkrete Hinweise, was und wie man vom ESF gefördert werden kann, welche Personengruppen strukturelle Hilfe erwarten dürfen und welche Ausgaben zuschufähig sind. Er berichtete über Anlaufprobleme auch in Nordrhein-Westfalen, wo in diesem Jahr 134 Mio. Mark im

Rahmen von Förderkonzepten zur Verfügung stehen. Wirtschafts- und Arbeitsminister müßten dafür sorgen, daß die Mittel möglichst schnell abgerufen und wirksam eingesetzt würden.

In einem weiteren Vortrag referierte Paula O'Farrell (Generaldirektion ... Arbeit) über die Chancengleichheit der Frauen im Rahmen des Dritten Aktionsprogramms der Kommission. Das Dritte Programm — aufgelegt für die Jahre 1991 bis 1995 — zielt auf eine Stärkung der Chancengleichheit, insbesondere im Berufsleben, ab. Nach wie vor sei die Zahl der arbeitslosen Frauen sehr viel höher als die der Männer und nur durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit aller könne man zu einer Chancengleichheit kommen. Das Aktionsprogramm habe drei Ziele: den rechtlichen Rahmen festzulegen, die Integration der Frau in die Arbeit zu beschleunigen und die Stellung in der Gesellschaft zu verbessern. Die verschiedensten Maßnahmen würden allerdings nur dann durchgreifende Erfolge zeigen, wenn alle gemeinsam an der Verbesserung des Images der Frau arbeiten. Es sei insgesamt ein langsamer Prozeß, so daß konkrete Ergebnisse so schnell nicht zu erwarten seien.

Anhand des Programms „NOW“ zeigte Paula O'Farrell auf, wie schwierig die Umsetzung vor Ort ist und daß die Zusammenarbeit nur dort funktioniere, wo über Netzwerke gute Kontakte vorhanden seien. Die größten aktuellen Probleme seien das Nachtarbeitsverbot für Frauen, das auch auf Kommissionsebene diskutierte Gesetz zur Förderung von Frauen sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Firmen, die Fördermaßnahmen durchführen; letzteres stelle allerdings möglicherweise einen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht dar. Problematisch sei auch, daß die von der Kommission ausdrücklich gewünschten Frauenförderungsmaßnahmen regionalem Verfassungsrecht entgegenstehen könnten. Mit diesem Problem müsse man sich in naher Zukunft auseinandersetzen, wobei in allen Initiativen der EG der Gleichheitsgrundsatz tief verankert und zu einem herausragenden Prinzip erhoben worden sei.

## Notlagen-Indikation

Eine Äußerung der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann in der Plenardebatte über den Schutz ungeborenen Lebens war in „Landtag intern“ Nr. 17 mißverständlich wiedergegeben. An die antragstellende CDU-Fraktion gewandt, sagte Ministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) wörtlich: „Ich frage mich aber, warum Sie die Beurteilung dieser psychosozialen Notlage schriftlich festhalten wollen, wenn es nicht doch irgendwann der richterlichen Überprüfung anheim gestellt werden soll? Streichen Sie das weg, dann wären wir uns schon ein ganzes Stückchen näher.“

## 18 Millionen ...

Fortsetzung von Seite 15

und sorgen für günstige Rahmenbedingungen. Mit einer Veranstaltungsreihe „Berufsorientierung von Mädchen“ soll das nach wie vor von traditionellen Rollenvorstellungen geprägte Berufswahlspektrum von Mädchen erweitert werden; geplant seien z. B. Veranstaltungen und Informationen für die Berufsfindung Verantwortlichen, für Multiplikatoren und für die Mädchen selbst (wird fortgesetzt).



Daß Bildschirm-Arbeitsplätze nicht zu einseitigen Belastungen für Arbeitnehmerinnen führen, ist eines der Anliegen des Ausschusses für Frauenpolitik. Foto: Schüler

## Sportberichterstattung bleibt Ausschuß-Thema

### Überblick über Zahl und Themen von Gutachten eingefordert

Mit einer Aktuellen Viertelstunde begann die 17. Sitzung des Sportausschusses unter Vorsitz von Hans Rohe (SPD) am 4. November. Die Fraktion der CDU erbat von der Landesregierung Auskunft darüber, welche Gutachter und Sachverständige in den Jahren 1990 und 1991 mit welchen Ergebnissen und welchem Kostenaufwand beauftragt wurden und welche Beauftragungen 1992 geplant seien.

Johannes Eulerling (Abteilungsleiter Sport im Kultusministerium) unterrichtete den Sportausschuß im Sinne der Fragestellungen und nannte in diesem Zusammenhang acht Forschungsvorhaben, die für rund 630 000 Mark in Auftrag gegeben und derzeit noch in Arbeit seien. Sobald die Gutachten vorlägen, würden sie dem Parlament zur Verfügung gestellt. Beispielhaft wurden genannt: Bindung von Kindern und Jugendlichen an den Sportverein, Verwaltungsrationalisierung in Sportvereinen, Alterssport

in der Bundesrepublik Deutschland: Quantitative und strukturelle Betrachtung sowie Auswirkungen der neuen Sportanlagenlärmschutzverordnung.

Das von der Bundesregierung eingeleitete Verfahren zur verfassungsrechtlichen Überprüfung des § 3a des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ und des § 3a des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen bildete einen Schwerpunkt der weiteren Ausschüßarbeit. Der Vorsitzende brachte die Gespräche anlässlich der letzten Sitzung des Sportausschusses beim Westdeutschen Rundfunk in Köln in Erinnerung, vor allem die Informationen über den Finanzkampf der privaten Sender gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten auf dem Sektor der Sportberichterstattung. Tatsache sei dabei auch, daß ein Großteil der Bevölkerung nicht verkabelt sei und eine Sportberichterstattung diese Haushalte deshalb nicht erreichen könne.

Leonhard Kuckart (CDU) erklärte dagegen, seine Fraktion teile die Auffassung der CDU im Bund. Das Land Nordrhein-Westfalen beschreite mit seinen Regelungen zur Fernsehkurzberichterstattung den falschen Weg. So beschloß der Sportausschuß letztlich auf Anregung von Michael Ruppert (F.D.P.), die Stellungnahme des Westdeutschen Rundfunks zum verfassungsrechtlichen Verfahren anzufordern, „damit Positionen verglichen werden können — und erst dann zu entscheiden.“

Nach Entgegennahme des Berichts des Kultusministeriums zur Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Landesregierung Brandenburg und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf den Gebieten des Bildungswesens und des Sports setzte der Sportausschuß seine Beratungen zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992) fort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Sie bleiben der kommenden Antrags- und Abstimmungssitzung vorbehalten.

### 1 000 Kleine Anfragen

Die eintausendste Kleine Anfrage in dieser Wahlperiode ist im Landtag am 7. Oktober 1991 vorgelegt worden. Eine Hochrechnung für die gesamte 11. Wahlperiode hat eine Gesamtzahl von 3529 Kleinen Anfragen ergeben. Im Vergleich dazu betrug die Anzahl der Kleinen Anfragen in der 9. Wahlperiode nur 1560 sowie in der 10. Legislaturperiode 1981.

### Straffung wünschenswert

Der Sprecher des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Dr. Werner Heldmann aus Ulm, hat in einer Stellungnahme zur Berichterstattung über eine Anhörung des Schulausschusses in „Landtag intern“ Nr. 16 richtiggestellt, er habe keine ablehnende Haltung gegenüber einer Schulzeitverkürzung vertreten. Diese Beschreibung treffe nicht zu. Er habe im Gegensatz in der Anhörung deutlich gemacht, „daß ich eine Konzentration und Straffung des gymnasialen Bildungsgangs mit dem Ergebnis einer zeitlichen Verkürzung auf acht Jahre für möglich und entsprechende Schulversuche für wünschenswert halte“.

### Unglückliche Niederlage

Toll gekämpft, aber trotzdem verloren. Das ist das Fazit der Begegnung FCL gegen die Auswahl der GdP in Bochum. Ein unglückliches Eigentor besiegelte die 0:1-Niederlage des FCL gegen die durchtrainierten Jungs der Polizeigewerkschaft. Nur durch diesen abgefälschten Ball, der unerreichbar in weitem Bogen in die lange Ecke flitzte, war der erneut herausragende Landtags-Keeper, Rene Markgraf, zu überwinden. Das Abgeordneten-Quintett Uwe Herder, Peter Benschmann, Günter Langen, Michael Ruppert und Debütant Michael Vesper bildeten diesmal das Gerüst der Mannschaft. Immer wieder rannten sich die Polizisten an der Landtagsabwehr fest. Trotz des großen Drucks der GdP gelangen aber auch gefährliche Entlastungsangriffe. Eine interessante Partie. Nach dem Ball rollten die Rollschuhe. Auf Einladung der GdP besuchten die beiden Mannschaften den Starlight-Express.

### Prüfungstermine

Für die Lehramtsstudierenden an den Universitäten des Landes NRW gibt es jährlich zwei Prüfungstermine: einen Haupttermin im Frühjahr und einen Nebentermin im Herbst. Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Marie-Luise Woldering hervor (Drs. 11/2575).

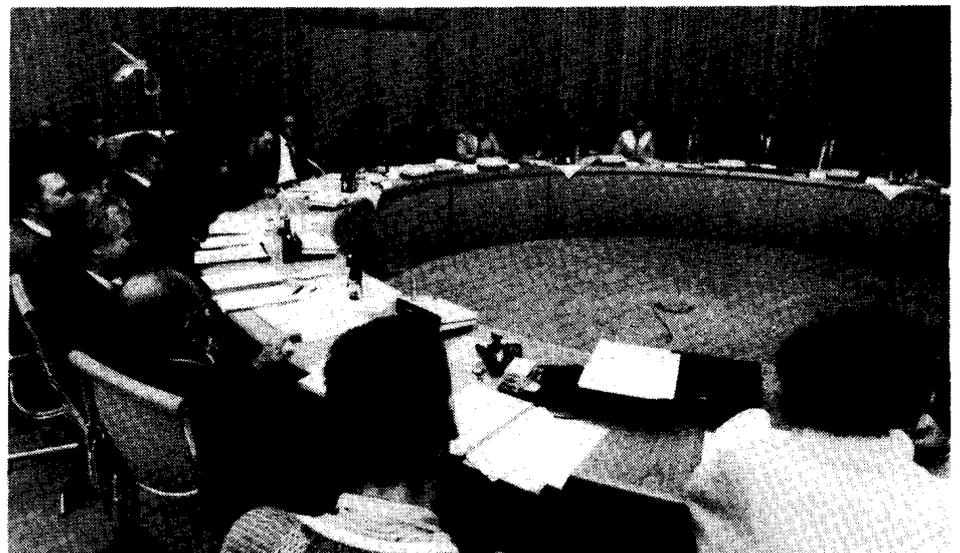
### Thermalbad

Die Landesregierung sehe beim Projekt des Thermalbades Hilden keinen unmittelbaren landesplanerischen Bezug zu anderen Freizeitprojekten im Bereich der Rheinschiene, heißt es in der Antwort des Umweltministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Gisela Nacken und Gerd Mai zur Planung eines Thermalbades durch die Stadt Hilden (Drs. 11/2576).

**Karl Heinz Kenn**, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, begeht am 22. November seinen 65. Geburtstag. Der Jubilar ist in Duisburg zu Hause. Er gehörte vom 28. Mai 1975 bis zum 30. Mai 1990 dem nordrhein-westfälischen Landtag an. Der frühere SPD-Landtagsabgeordnete **Werner Brenne** aus Soest feiert am 25. November seinen 60. Geburtstag. Er war vom 28. Mai 1975 bis zum 12. Oktober 1979 Mitglied des Parlaments.

★

**Gerhard Skrobicki** ist vom Intendanten des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR), **Friedrich Nowotny**, zum ersten Stellvertreter des Düsseldorf Landesstudiosleiters **Marcel Gärtner** ernannt worden. Skrobicki leitet seit April 1991 die Fernsehredaktion im Landesstudio des WDR.



Parlamentsdokumentation stand im Mittelpunkt einer zweitägigen Arbeitssitzung im Landtag, bei der Fachleute aus deutschen Landtagen sowie dem Bundestag vor allem für ihre Kollegen aus den neuen Bundesländern über die Dokumentation vielfältiger parlamentarischer Tätigkeit referierten. Der Leiter der parlamentarischen Informationsdienste im NRW-Landtag, Dr. Alois Vogel (vorne, 3. v.l.) führte nach der Begrüßung durch den Abteilungsleiter Presse und Information, Friedhelm Geraedts, in die Thematik ein (siehe auch Seite 20).

## SPD-Fraktion

### Energie-Ressourcen intelligenter nutzen

Bei der Eröffnung des Forums „Klimaschutz und Industriegesellschaft“ der SPD-Landtagsfraktion hat Professor Dr. Friedhelm Farthmann ein Umdenken zugunsten eines durchgreifenden Klimaschutzes gefordert. Die Vorstellung, niedrige Energiepreise seien immer noch Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit, sei falsch. Farthmann: „Die derzeitigen Energiepreise spiegeln nicht die realen Kosten unserer Energieproduktion wider. Sie verhindern die intelligente Nutzung von Ressourcen und sind nicht geeignet, technische

Innovationen für einen niedrigeren Energieverbrauch anzuregen.“ Zu niedrige Energiepreise fördern nach Farthmanns Überzeugung die Verschwendung. „Ehrliche Energiepreise“, die die „wahren Kosten“ unseres Energieverbrauchs anzeigen, würden dagegen den technischen Fortschritt fördern.

Unverantwortlich nannte Farthmann den Versuch, die Gefahren einer weltweiten Klimaveränderung gegen die Gefahren eines weltweit nicht beherrschbaren Atomunfalls eintauschen zu wollen. Das durch Energieverschwendung mitverursachte Treibhausproblem könne nur durch drastisches Energiesparen gelöst werden. Die Enguete-Kommission des Bundestages habe bereits aufgezeigt, daß dies ohne Atomenergie möglich sei. Die EG wolle alle fossilen Energieträger mit einer Energiesteuer belegen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu bremsen. Aber die Kernenergie solle von ähnlichen Aufla-

gen ausgenommen bleiben, obwohl das Problem der Entsorgung bis zum heutigen Tage nicht gelöst sei. Farthmann forderte deshalb eine Entsorgungsabgabe für Kernkraftwerke.

Abschied nehmen müßten Politik und Industrie zudem von der Vorstellung, unsere heutige Form des Wirtschaftens könne immer noch als Modell für die weltweite Entwicklung dienen. „Wenn alle Staaten zukünftig die von uns beschrittenen Wege zu Wachstum und Wohlstand einschlagen, wäre die Zerstörung der Umwelt nicht mehr abzuwenden“, stellte Farthmann fest. Andererseits hätten wir kein Recht, anderen Menschen auf dieser Erde Wohlstand und Entwicklung zu verwehren. Wir müßten also nicht nur unsere eigenen Wirtschafts- und Lebensgewohnheiten grundlegend umstellen. Wir müßten auch anderen Staaten einen völlig neuen Weg zu Wohlstand und Entwicklung ermöglichen.

## CDU-Fraktion

### Programm gegen organisierte Kriminalität Augenwischerei

Als „bloße Augenwischerei“ hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Paus, die groß angelegte Offensive gegen die „Organisierte Kriminalität“ von NRW-Innenminister Schnoor bezeichnet. Paus: „Alle Umorganisation kann nicht darüber hinwegtäuschen: Auch im kommenden Jahr — so weist es der Haushalt 92 aus — wird es in Nordrhein-Westfalen keinen einzigen Polizeibeamten mehr zur Bekämpfung der Kriminalität geben.“ Was Schnoor mit seinem Programm erreiche,

sei nicht anders als die Umverteilung des Personal mangels. „Was nützen mehr Polizisten bei der Bekämpfung der ‚Organisierten Kriminalität‘, wenn dadurch die Massenkriminalität quasi legalisiert wird, weil sich die Polizei darum nicht mehr kümmern kann? Was nützen mehr Polizeibeamte bei der Bekämpfung von High-Tech-Gangstern, wenn sich die Polizisten nach wie vor auf Omas alter Schreibmaschine, statt auf modernen EDV-Systemen, abmühen müssen“, fragte Paus.

Ein unstreitiger Fehlbestand von 7 500 Polizeibeamten und die hoffnungslos veraltete Technik ließen eine effektive Kriminalitätsbekämpfung, gleich in welcher Form, nicht mehr zu. Der Stellenwert von Sonderprogrammen sei gleich Null.

★

„Die Behauptung von Landesverkehrsminister Kniola, der Bund wolle die Finanzmittel für den ÖPNV kürzen, ist schlichtweg falsch und dient offensichtlich einzig der Legendenbildung, um eigene Investitionen zurückhalten zu können“, kritisierte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinrich Dreyer, Äußerungen von Verkehrsminister Kniola zur Zukunft des ÖPNV in NRW. Dreyer: „Richtig ist, daß durch das Steueränderungsgesetz 1992 der Bund die Mittel für den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau drastisch erhöht. Das bedeutet für NRW im Jahr 1992 300 Millionen Mark, in den Jahren 1993 bis 1995 jährlich 500 Millionen Mark mehr, die für den ÖPNV und kommunalen Straßenbau eingesetzt werden können. Ich fordere den Verkehrsminister auf, diese Mittel auch wirklich zusätzlich zu investieren und nicht statt dessen eigene Landesmittel einzusparen.“

## F.D.P.-Fraktion

### Schnelle Kabinettsumbildung gefordert

Endlich eine handlungsfähige Regierung zu bilden und damit seiner Verpflichtung aus Artikel 53 der Landesverfassung gerecht zu werden, nämlich Schaden von unserem Land abzuwenden, forderte die F.D.P.-Landtagsfraktion von Ministerpräsident Johannes Rau. Wie bei der Geschichte des Kaisers mit den neuen Kleidern steht die Sozialdemokratie am Vorabend ihrer 25jährigen Regierungstätigkeit in Nordrhein-Westfalen nackt und bloß vor dem staunenden Publikum. Selbst bis zum Spiegel

(Ausgabe 43/1991) hat es sich herumgesprochen, daß die Sozialdemokraten in NRW „abgeschlafft und zerstritten“ sind.

Das System Rau hat sich überholt. Auf Dauer lassen sich Entscheidungsschwäche und ständige Rücksichtnahme auf vermeintliche Wählerklientel nicht verdecken. Die Risse im Koloß werden immer größer. Auch hier ist Grundsanierung angesagt. Nach Kienbaum also Grundsanierung nicht nur für die Schulorganisation, sondern auch Grundsanierung für die Organisation des gesamten Landeskabinetts.

Nach Auffassung der Liberalen bedarf es einer einschneidenden Kabinettsreform, die auch mit einem grundlegenden personellen Neuanfang einhergehen muß. Die Zahl der Ressorts kann von zwölf auf zehn verkürzt werden. Mit einem Antrag der F.D.P., das Frauenmini-

sterium aufzulösen, das Stadtentwicklungsmit dem Bauministerium zusammenzulegen und das Finanzministerium zugunsten des Wirtschaftsministeriums abzuspicken, hat die F.D.P.-Landtagsfraktion einen Vorschlag unterbreitet, wie das Landeskabinet wieder eine funktionsfähige Struktur erlangen könnte. Das Staatsschiff NRW darf nach Ansicht der Liberalen nicht unter der orientierungslosen Führung einer angeschlagenen SPD kentern, auch wenn es durch die horrenden Staatsverschuldung von derzeit mehr als 111 Milliarden Mark bereits Leck geschlagen ist. Was hier jahrelang als sozialer Friede gepriesen wurde, entpuppt sich immer mehr als eine monetäre Verkleisterung von Strukturproblemen. Aber nicht Kohle und Stahl sind die Zukunft des Landes, sondern der Vorrang für Wissenschaft, Forschung und Bildung.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### NS-Verfolgte auf Sankt-Nimmerleinstag vertröstet

Die Landesregierung hat jeder Initiative zu einer angemessenen Versorgung von Verfolgten des Nazi-Regimes in NRW eine Absage erteilt. In ihrer Antwort auf eine Anfrage des grünen Landtagsabgeordneten Roland Appel stellt die Landesregierung klar, daß sie weder eine Landesregelung noch eine Bundesratsinitiative anstrebt. Statt zu seinen im Frühjahr gemachten Versprechungen zu stehen, verkündet Innenminister Schnoor, „daß es im Interesse aller NS-Opfer liegt, den Bund nicht aus seiner Verantwortung zu ent-

lassen, und daß der beste Weg zu einer alsbaldigen Hilfe ist, über die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf weitere notwendige Verbesserungen der Härterichtlinien zu drängen.“

Dazu sagt Roland Appel, innenpolitischer Sprecher der Grünen:

„Die Antwort der Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht für alle NS-Opfer in Nordrhein-Westfalen, die ihren Lebensabend in Armut und Not und ohne gesellschaftliche Rehabilitation verbringen müssen. Seit Jahren fordern die Verfolgten-Organisationen die Einführung einer Landesregelung zur Anerkennung und Versorgung aller NS-Opfer. Nun erklärt die Landesregierung den vielfach Vertrösteten und Betrogenen, die meist über 70 oder 80 Jahre alt sind, es liege in ihrem eigenen Interesse, weiter auf eine Bundesversorgungsregelung zu warten. Zynischer geht es

nicht mehr. Selbst die vagen Versprechungen des Innenministers auf eine Bundesratsinitiative haben sich damit als Schall und Rauch erwiesen. Seit wann beschränken sich die bundespolitischen Eingriffsmöglichkeiten der Landesregierung auf das Antichambrieren im Langen Eugen?“

Die Grünen fordern die Landesregierung auf, unverzüglich eine Bundesratsinitiative zur Anerkennung und Versorgung von NS-Verfolgten zu erarbeiten. Gleichzeitig muß als Übergangslösung eine Landesregelung geschaffen werden. Die Betroffenen können nicht mehr länger warten. Ihnen muß jetzt ein Lebensabend in Würde und ohne materielle Not ermöglicht werden.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

# Literatur

## Heimweh und Freiheit

Wolfram Dorn ist von Beruf Politiker, ein „alter Hase“ in diesem Geschäft. Ungeöhnlich mag hingegen erscheinen, daß Dorn, der der F.D.P. angehört, gleichzeitig in einem anderen Bereich zu Hause ist, der manchem diametral dazu erscheinen mag: in der Poesie. Der Politiker Wolfram Dorn ist gleichzeitig Lyriker. Er steht mit seiner Person dafür, daß auch in Deutschland eine Tätigkeit in der politischen Branche eine solche auf dem Feld der Literatur nicht ausschließen muß. Der aus Altena stammende und seit langem in Bonn beheimatete Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags und Schriftsteller hat jetzt im Aachener Karin-Fischer-Verlag sein zwanzigstes Buch veröffentlicht, einen Band mit 57 Gedichten, der „Wenn die Bäume Blätter weinen“ benannt ist. Formal handelt es sich dabei teils um freie poetische Gebilde, teils aber auch um Gedichte, gereimt und im Versmaß, eingängig wie ein Strophenlied. Wenn man im Parlament erlebt hat, daß Dorn, ein mehr bulliger als filigraner Typ, für seine liberale Sache plener und in Ausschüssen durchaus zur Sache kommen kann, wundert einen die außerordentlich sensible Handhabung von Sprache, der geradezu zarte Ausdruck von Gefühlen. Wolfram Dorn ist in seinem zweiten Leben — oder ist es gar sein erstes? — ein spätgeborener Romantiker. „An Peter Huchel“ hat er ein Gedicht überschrieben. Dieser Titel zeigt Verwandtschaft auf, die der Lyriker Dorn offensichtlich auch gar nicht abstreiten will. Die Sonne, das Meer, der Wind, die Nacht haben Bedeutung, darüber hinaus emotionale Befindlichkeiten wie Heimweh oder Einsamkeit, die von jeher zur poetischen Grundierung beigetragen haben. Doch es hieß, das neue Buch verkennen, wollte man nur einer romantischen Interpretation Raum geben. Auch Freiheit und Krieg, Notstand und falsche Propheten finden lyrische Umsetzung. Der Schriftsteller wird zum Mahner. Politiker und Poet nähern sich einander an.

Eckhard Hohlwein

(Wolfram Dorn, *Wenn die Bäume Blätter weinen, Gedichte*, Karin-Fischer-Verlag Aachen, 109 Seiten, 17,80 Mark.)

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, bt: # 56801\*

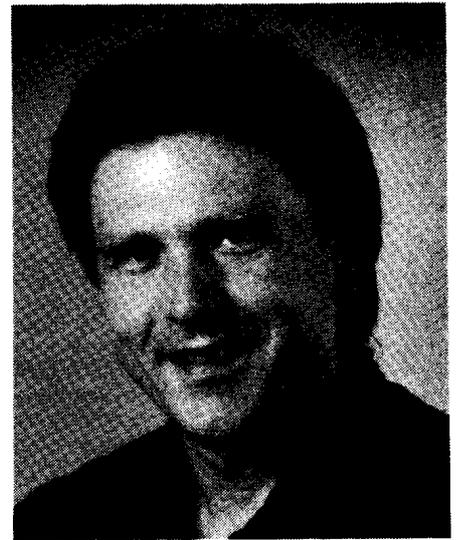
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN)

*Wer er wirklich ist, läßt sich nicht leicht festklopfen. Manche in der eigenen Partei kritisieren ihn als Opportunisten. Andere rühmen ihn als Profi, der der Sache der Grünen im Landtag Schwung und Profil gibt. Aufgefordert, sich selbst zu definieren und seinen Standort in der Partei zu beschreiben, beginnt Michael Vesper mit einer Verneinung: Ein Masochist sei er nicht. Sich am eigenen Leiden zu ergötzen und politische Niederlagen als Beweis für die Blödeheit der politischen Konkurrenz zu betrachten, die im Bewußtsein für das Nötige und Erforderliche noch nicht soweit sei wie er — das sei sein Verständnis von grüner Politik nicht. Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag sagt vielmehr ganz trocken: „Ich will gewinnen. So oft wie möglich. Möglichst immer.“ Und weil auch er nicht frei von Eitelkeit ist, wurmt es ihn mächtig, wenn ihn ausgerechnet die Mehrheit in der eigenen Fraktion nach gelungenen Auftritten im Plenum deckelt und für eine Weile wieder in die zweite Reihe zurückschiebt.*

*Doch Michael Vesper weiß auch, daß er das nicht besonders belastbare Geflecht der Animositäten und versteckten Neidhammeleien innerhalb der Fraktion für die eigene Karriere nicht über Gebühr belasten darf, wenn er nicht ins Abseits geraten will und schluckt solche Demütigungen — fast — klaglos. Mehr noch: Daß solch Hakeleien zwischen Mehrheit und Minderheit in der Fraktion gewöhnlich nicht an die Öffentlichkeit dringen, daß die Fraktion der GRÜNEN entgegen manchen Erwartungen und/oder Befürchtungen nach außen meistens geschlossen agiert, rechnet sich Vesper als das nicht geringste seiner Verdienste an. Sein Job als Parlamentarischer Geschäftsführer ist allerdings auch durch die Entwicklung innerhalb der nordrhein-westfälischen Grünen zumindest etwas leichter geworden. Denn die Gräben zwischen den Flügeln sind niedriger geworden. Es ragen nicht mehr nur die Waffen, es schauen vielmehr schon hier und da die Köpfe heraus. Vesper beteiligt sich an diesen Einebnungsarbeiten nach eigener Einordnung als Realo. Das war nicht immer so. Der 39jährige Soziologe, der mit einer Arbeit über die Strukturen der Homelands in Namibia promoviert, begann seine Karriere bei den Grünen in der einstigen Bielefelder Hochburg der Ökosozialisten. Selbstbewußt aber beharrt er heute darauf, daß er seiner politischen Linie immer treu geblieben sei. Nicht er, sondern seine einstigen grünen Weggefährten hätten ihren Standort geändert. Ob diese Sicht der Dinge ganz den Realitäten entspricht, mag dahingestellt sein. Fest steht jedenfalls, daß Vesper 1989 bei der Kandidatur der Grünen für die Landtagswahl mit den Stimmen der Ökosozialisten und der Realos auf den ersten „Männerplatz“ der Liste gewählt wurde, ein Kunststück in einer Versammlung, in der die Nicht-Realos über eine breite Mehrheit verfügten. In der elfköpfigen Landtagsfraktion sind die Realos denn auch noch immer in der Minderheit. Daß ihn die Fraktion dennoch erst kürzlich wieder neben Bärbel Höhn zum gleichberechtigten Sprecher wählte, verbucht Vesper mit einem Anflug von Koketterie als Zeichen, daß auch bei den Grünen auf Dauer ordentliche Arbeit anständig honoriert wird.*

*Daß er von Anfang an Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion wurde, war ohnehin unbestritten, hatte er diesen Job zuvor doch schon fast sieben Jahre lang ohne Mandat in der wesentlich chaotischeren Bundestagsfraktion der Grünen gemanagt. Heute betrachtet sich Michael Vesper als einen „Berufspolitiker auf Zeit“, wobei er die Dauer dieser Zeit vielsagend offenläßt. Im Plenum des Landtags gehört er zu den wenigen Abgeordneten, die — fast — zu jedem Thema frei sprechen können und dabei noch mit der Aufmerksamkeit der eigenen Fraktion und der Konkurrenz rechnen können. Regelmäßige Beobachter der Debatten im Landtag wissen, daß das keine Selbstverständlichkeit ist. Vesper seinerseits weiß, daß es dem eigenen Image und der Karriere nicht schadet, wenn man die Medien nicht zu aufdringlich, aber sorgfältig pflegt, daß Diskretion zum Geschäft gehört und eine gelegentlich gezielte Indiskretion genauso — ein richtiger Profi eben.*

*Wie sehr viele andere Grüne hat der Parlamentarische Geschäftsführer der grünen Landtagsfraktion eine tiefschwarze katholische Vergangenheit, ein sehr bürgerliches Elternhaus und — daraus resultierend? — einen offenen Sinn für die Freuden dieses Lebens. Nur Politik als Lebensinhalt, nein, das wäre dem Berufspolitiker Vesper zu wenig. Diesem stets spürbaren Mangel an berufsbezogener Verbissenheit ist es wohl auch zuzuschreiben, daß Vesper im Kreis der Parlamentarischen Geschäftsführer und Fraktionsvorsitzenden respektiert wird. Verläßlich, aber nicht von vornherein berechenbar — dieser nur scheinbar widersprüchliche Kurs des grünen Parlamentarischen Geschäftsführers hat ihm und der Fraktion bislang im Düsseldorfer Landtagsallerlei Achtung und Aufmerksamkeit verschafft. Michael Vesper genießt auch das. Manchen Neider stört das. Aber diese Freude am Job und am Erfolg und den damit verbundenen kleinen Annehmlichkeiten erscheint Vesper ehrlicher als die von manchen Abgeordneten zur Schau getragene Leichenbittermiene, ob der schier unerträglichen Last der Verantwortung für Nordrhein-Westfalen, der sich im Landtag alle 237 Frauen und Männer in Wahrheit doch nur zu gern unterworfen haben... Reinhard Voss*

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 14. bis 19. November 1991

14. 11. **Jürgen Thulke** (SPD), 53 J.  
 16. 11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 40 J.  
 17. 11. **Heinrich Meyers** (CDU), 53 J.  
 18. 11. **Marie-Luise Woldering** (CDU), 57 J.  
 19. 11. **Siegfried Zellnig** (CDU), 50 J.

★

**Dr. Achim Rohde**, (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, ist beim F.D.P.-Parteitag im thüringischen Suhl als einer von 34 Beisitzern in den Bundesvorstand seiner Partei gewählt worden. Rohde erhielt 482 von abgegebenen 653 Stimmen. Er gehörte zu den 16 Kandidaten, deren Wahl auf Vorschlag der Landesverbände erfolgte. Die restlichen 18 Beisitzer wurden aus sogenannten „freien“ Kandidaten ausgewählt.

★

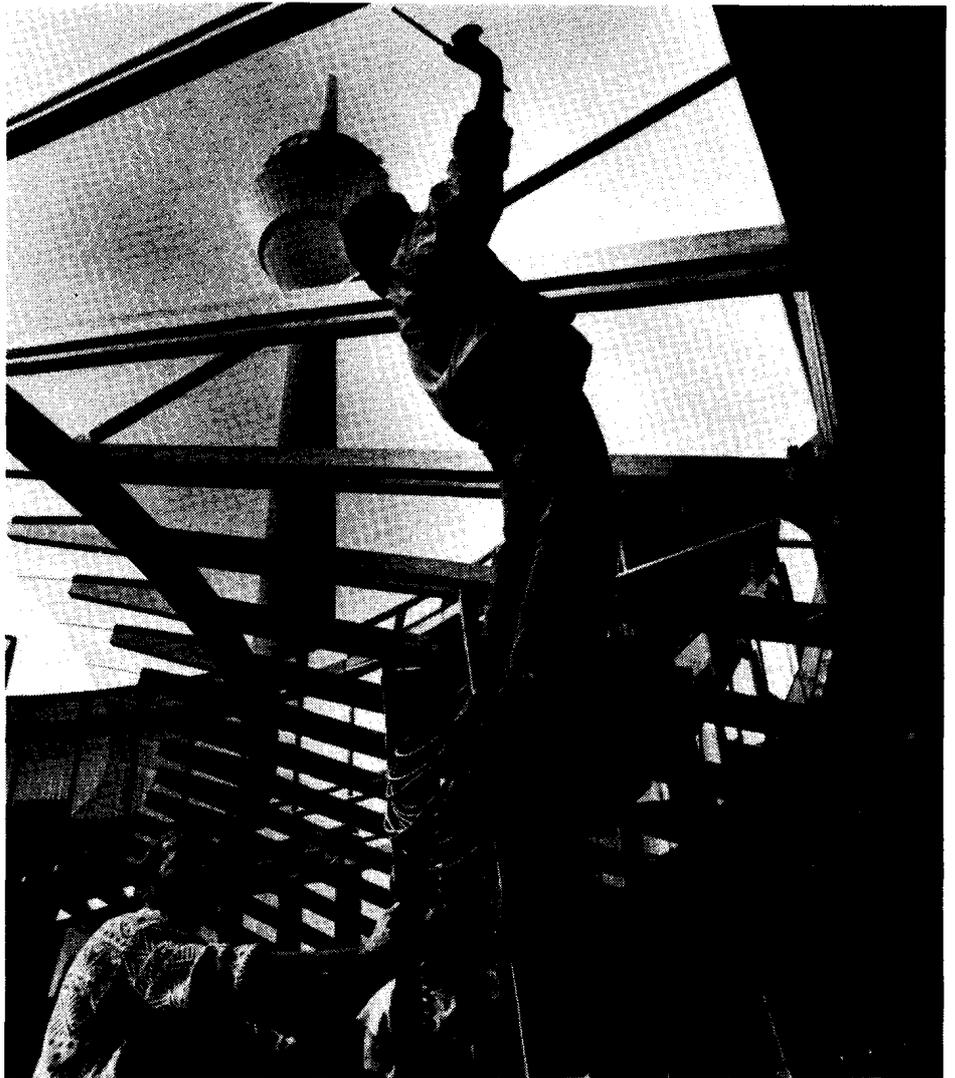
**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, hat in „Marcellino's Ehrlicher Restaurant Report '92“ zu seinen kulinarischen Favoriten Stellung genommen. Demnach bevorzugt der Abgeordnete in Düsseldorf Lokaltäten Halve Hahn, Soleier oder Flöns sowie Apfelpfannkuchen. Wörtlich schließt Vesper: „Und die Landtagskantine bietet zum Teil richtig ‚hohe Kochkunst‘, Vegetarisches zum Beispiel.“

★

**Klaus Stallmann** (CDU), Landtagsabgeordneter, ist beim Westfälischen Schützenrat in Bünde durch den Präsidenten des Deutschen Schützenbundes, Andreas Hartinger, und den Präsidenten des Westfälischen Schützenbundes, Bernhard Rheinberg, das Ehrenkreuz in Bronze des Deutschen Schützenbundes für „seine unermüdliche Arbeit um das Deutsche Schützenwesen“ verliehen worden. Erste Gratulanten waren der Vorsitzende des Schützenkreises Lünen, **Herbert Vodisek**, der Vorsitzende des Bezirks Hellweg, **Willi Hütter**, und eine große Abordnung des Brambauer Schützenvereins. Stallmann ist stellvertretender Vorsitzender des Schützenkreises Lünen und Oberst des Schützenvereins Brambauer.

## Hilfe für Aufbau der Dokumentation in Parlamenten der neuen Bundesländer

Im nordrhein-westfälischen Landtag hat am 4. und 5. November eine Arbeitssitzung „Parlamentsdokumentation“ stattgefunden. Der Abteilungsleiter Presse und Information, Friedhelm Geraedts, erklärte, Ziel der Veranstaltung sei es, den Kolleginnen und Kollegen an den Parlamentsdokumentationsstellen der neuen Länder auf dem Hintergrund langjähriger Erfahrungen tatkräftige Hilfe beim Aufbau ihres Dienstleistungsbereiches zu geben. „Wir wollen Sie in den Stand versetzen, ohne aufwendige Entwicklungsarbeit möglichst schnell die Dokumentation der Parlamentsarbeit des eigenen Landtags in qualifizierter Form unter Nutzung der zur Verfügung stehenden technischen und organisatorischen Hilfsmittel



**Als der Neubau** des nordrhein-westfälischen Landtags vor einigen Jahren Kontur gewann, wurde gern vom künftigen „gläsernen Parlament“ gesprochen. Tatsächlich ist der Landtag heute wegen des vielen Glases und der großen Fensterflächen „einsehbar“. Genausogut läßt sich indessen hinaus schauen, und viele Besucher erfreuen sich an den mannigfaltigen Ausblicken auf den Rhein. Daß dem „gläsernen Parlament“ auch tiefere Bedeutung zukommt, eine stärkere Öffnung hin zum Bürger, hin zum Wähler, sei hier nur angedeutet. Denn auf dem Bild geht es ganz real um Durchblick. Die vielen Scheiben müssen regelmäßig gereinigt werden. Fensterputzer mit akrobatischem Talent haben es dabei leichter. Foto: Leuschner

durchzuführen sowie Informationsdienstleistungen zur politischen Diskussion und zur öffentlichen Meinungsbildung auf der Basis eigener oder fremder Datenbestände zu erbringen“, betonte Pressesprecher Geraedts. Lösungen, die offen seien für weitere konzeptionelle und technische Entwicklungen, solche Lösungen sollten auf dieser Tagung angedacht, erarbeitet und auf den Weg gebracht werden. Bei dieser Aufgabe wolle man mit Rat und tatkräftiger Hilfe Unterstützung geben. Es hätten sich im Umfeld der Entstehung der neuen Länder vielfältige Kontakte und Kooperationspro-

jekte entwickelt, die lautlos und ohne viel Aufhebens Vieles in Gang gebracht hätten. Hier gehe es nun darum, Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit auszutauschen und für die weitere Arbeit fruchtbar zu machen, Defizite und Schwachstellen auszumachen, um Abhilfe zu schaffen. Ferner gehe es darum, die eingeleiteten Entwicklungen in Orientierung an den Erfahrungen und Standards der Parlamentsdokumentation in den alten Ländern auszurichten und ein notwendiges Maß an Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit sicherzustellen, unterstrich Geraedts.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)